
Anne Will im Kontext einer globalen Krise: Beobachtungen eines Sendeformats

Bachelorarbeit
im Studiengang „Mehrsprachige Kommunikation“

angefertigt an der TH Köln,
Institut für Translation und Mehrsprachige Kommunikation

Betreuerin: Prof. Dr. Ute Barbara Schilly

Zweitprüferin: Ingeborg Schüler

vorgelegt von: Carolin Kasthold

Datum der Abgabe: 27.07.2020

Inhaltsverzeichnis

Sendungsverzeichnis.....	II
1. Einleitung.....	1
2. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und ihr Programmauftrag.....	2
3. Polittalkshows: Anne Will als „Institution“ der deutschen Medienkultur.....	4
4. Die Veränderungen eines Sendeformats im Zuge der Corona-Krise.....	6
4.1 Sendezeit.....	7
4.2 Studiogäste und Publikum.....	8
4.3 Thema und Inhalt.....	11
4.4 Kommunikationsverhalten.....	24
5. Fazit und Ausblick.....	32
Literaturverzeichnis.....	34
Eidesstattliche Erklärung.....	38

Sendungsverzeichnis

Sendung 1: Wahlen in gefährdeten Zeiten – wie fest steht die Mitte? (23.02.2020)

Sendung 2: Quarantäne, Hamsterkäufe, abgesagte Veranstaltungen - wie berechtigt ist die Angst vor dem Coronavirus? (08.03.2020)

Sendung 3: Die Corona-Krise - wie drastisch müssen die Maßnahmen werden? (15.03.2020)

Sendung 4: Deutschland im Ausnahmezustand - gewinnen wir den Kampf gegen das Coronavirus? (22.03.2020)

Sendung 5: Der Corona-Ausnahmezustand - wie geht es weiter in Deutschland? (29.03.2020)

1. Einleitung

Zu Beginn des Jahres 2020 ist das neuartige Coronavirus, auch COVID-19 genannt, erstmals in der chinesischen Provinz Wuhan aufgetreten. Nur wenig später wurden in Deutschland die ersten Fälle nachgewiesen. Das grippeähnliche Virus ist deutlich gefährlicher als herkömmliche Influenzaviren und hochansteckend. Innerhalb kürzester Zeit verbreitete es sich auf der ganzen Welt und wurde zu einer Pandemie, die das Alltagsleben stark verändert hat. So wurden beispielsweise Ausgangsbeschränkungen verhängt und Großveranstaltungen abgesagt. Viele Menschen konnten ihre Tätigkeit nicht mehr an ihrem gewohnten Arbeitsplatz ausüben, sondern mussten ins Home-Office umziehen oder gar in Kurzarbeit gehen. Auch Kindergärten, Schulen und Universitäten wurden längerfristig geschlossen. Dies stellte besonders Familien vor große Herausforderungen.

Aber nicht nur die Bevölkerung musste ihr Leben an die neuen Umstände anpassen, selbst große Konzerne wurden zum Umdenken gezwungen. Auch die Fernsehlandschaft hat sich verändert.

Das Fernsehen ist noch immer ein Medium, das der Informationsverbreitung dient. Gerade in Zeiten der Ungewissheit, wie sie die Pandemie darstellt, wird das Programm häufig der Situation entsprechend angepasst und umstrukturiert. Es werden Sonderausgaben von Nachrichtensendungen eingesetzt, die sich speziell auf das dringliche Thema beziehen und Pressekonferenzen live übertragen. Auf diese Weise wird der Fernsehzuschauer so schnell wie möglich über die neuesten Erkenntnisse informiert. Auch bereits bestehende Formate wie Talkshows richten ihren Inhalt auf den aktuellen Kontext aus. Genauso verhält es sich mit der sonntagabendlichen *ARD-Politalkshow Anne Will*. In dieser Arbeit soll anhand einer qualitativen Beobachtung untersucht werden, ob und inwieweit sich das Sendeformat *Anne Will* während der Corona-Krise im Vergleich zu vorher verändert hat. Überprüft werden soll die Hypothese, dass der politische Diskurs durch den extremen Ausnahmezustand starken Veränderungen unterworfen ist und abnimmt. Eingegangen wird hierbei insbesondere auf die Sendezeit, die Themenwahl und den Inhalt, die Studiogäste sowie deren Kommunikationsverhalten. Zur Beobachtung wurden fünf Sendungen hinzugezogen. Von ihnen wurden vier unmittelbar nach Ausbruch des Coronavirus in Deutschland ausgestrahlt. Somit herrschte zu diesem Zeitpunkt noch Unwissenheit und Ungewissheit sowohl in der Bevölkerung als auch unter Experten über das genaue Ausmaß der Krise. Eine weitere Ausgabe wurde kurz zuvor gesendet und wird aufgrund ihrer politischen Thematik als Vergleich hinzugezogen.

Die Arbeit wurde im generischen Maskulinum verfasst, um den Lesefluss zu vereinfachen. Die jeweilige Bezeichnung bezieht sich keineswegs ausschließlich auf das maskuline Geschlecht.

2. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und ihr Programmauftrag

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wurde aufgrund von Erfahrungen mit der Nutzung des Rundfunks als Propagandainstrument vor und während des Zweiten Weltkriegs von den Alliierten als dezentralisiertes, neutrales und demokratisches Rundfunksystem eingeführt (vgl. Pöchhacker 2017:2). Seine Bestandteile sind die Landesrundfunkanstalten der *ARD*, das *ZDF* sowie das von beiden gemeinsam getragene *DeutschlandRadio*. Die Bundesrundfunkanstalt *Deutsche Welle*, die für die Auslandsversorgung zuständig ist, hat hierbei eine Sonderstellung inne (vgl. Laufersweiler o. J.).

Mit dem Aufkommen privater bzw. kommerzieller Rundfunksender entstand in Deutschland in den 1980er-Jahren ein duales Rundfunksystem. Um die Erfüllung der Aufgabe der Demokratieicherung und des gesellschaftlichen Auftrags zu gewährleisten, die von der Politik und Rechtsprechung an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gestellt wird, wird dieser im Gegensatz zu Privatsendern, die meist „privaten Unternehmern gehören und über Werbung finanziert werden“ (Thome 2019), durch Rundfunkgebühren¹ gesichert. Somit entziehen sie sich der Logik der Steigerung von Marktanteilen und einer damit einhergehenden Gewinnmaximierung. Da sie hiermit keinem kommerziellen Programmdruck unterliegen, sind die Anforderungen an die Breite und die Vielfalt des Programmangebotes höher (vgl. Pöchhacker 2017:4 f.). Auf diese Weise soll ebenso die Distanz zum Staat und zur Wirtschaft gesichert werden.

„In dieser Distanz zu Staat und Wirtschaft wird zugleich eine Transparenz gewährleistet, die verborgene oder nicht offensichtliche Einflussnahmen von Staat und Wirtschaft auszuschließen sucht, die Rundfunkanstalten im Selbstbewusstsein ihrer Autonomie und Freiheit dazu anhält, jeden derartigen Einflussversuch abzuwehren, den Sinn der Öffentlichkeit für die Frage schärft, ob derartige Abhängigkeiten und Interventionen drohen. Eines der Kernanliegen des Transparenzprinzips, eine ökonomische Fremdsteuerung sichtbar und kontrollierbar zu machen, ist damit in besonderer Weise erfüllt.“ (Kirchhof 2017:43).

¹ Auch: Rundfunkbeitrag. Der Rundfunkbeitrag soll die „Qualität und Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks [...] gewährleisten.“ (Rundfunkbeitrag 2017). Daher „beteiligen sich sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Unternehmen, Institutionen und Einrichtungen des Gemeinwohls gemeinsam an der Finanzierung.“ (ebd.). Gesichert ist er im Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag (RFinStV). Dieser regelt die Höhe der Abgaben (§ 8) und besagt, dass die Teilbeträge in einem dreimonatigen Turnus abrufbar sind (§ 9 Abs. 2).

Die Existenz und der Programmauftrag der Öffentlich-Rechtlichen werden aus dem Artikel 5 des deutschen Grundgesetzes von 1949 abgeleitet, der bis heute unverändert ist:

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“ (Grundgesetz 1949).

Die Komponenten der Programmfreiheit und des Rechts, sich aus allgemein zugänglichen Quellen zu unterrichten, liegt dem öffentlich-rechtlichen Programmauftrag zugrunde. Das Bundesverfassungsgericht versteht ihn als eine Verpflichtung der Öffentlich-Rechtlichen, einen solchen ungehinderten Zugang zu ermöglichen (vgl. Pöchhacker 2017:4).

Der Programmauftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist detailliert im Rundfunkstaatsvertrag festgelegt. Dieser wurde von allen Landesparlamenten demokratisch beschlossen. Hervorgehoben werden die Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit in der Berichterstattung sowie die Berücksichtigung der Meinungsvielfalt und der Ausgewogenheit des Angebotes (vgl. §11 Abs. 2 RStV). Außerdem sollen sie „einen umfassenden Überblick über das internationale, europäische, nationale und regionale Geschehen in allen wesentlichen Lebensbereichen [...] geben.“ (§11 Abs. 1 RStV). Ferner bedeutet dies, dass „für alle Menschen in Deutschland ein frei zugängliches und vielfältiges Programmangebot mit Inhalten in Information, Bildung, Beratung und Unterhaltung“ (Laufersweiler 2019) für unterschiedliche Alters- und Zielgruppen produziert werden soll, um möglichst viele Menschen zu erreichen (vgl. ebd.).

3. Polittalkshows: Anne Will als „Institution“ der deutschen Medienkultur

Polittalkshows sind in Deutschland ein beliebtes TV-Format. Dennoch geraten sie nicht selten in die Kritik. Dem Format wird immer wieder vorgeworfen, dass es die Politik trivialisiere und der Zuschauer somit unzureichend informiert sei. Schuld daran sei besonders, dass sowohl die privaten als auch die öffentlich-rechtlichen Sender um gute Einschaltquoten buhlten. Dabei setzten sie zunehmend auf Unterhaltung (vgl. Obermüller et al. 2010:187). Ulrich Wickert, der ehemalige Moderator der *Tagesthemen*, meint hierzu sogar, dass den Nachrichtenschaffern von *ARD* und *ZDF* „das Bewusstsein für ihren öffentlich-rechtlichen Auftrag abhandengekommen zu sein“ scheint (Wickert 2009, zitiert nach Obermüller et al. 2010:187).

Bis zur Entstehung dieser Situation hat das Medium *Talkshow* verschiedene Wandlungen erfahren. Folgt den politischen Diskussionsrunden bis in die 1980er-Jahre noch dem Schema „Journalisten fragen, Politiker antworten“, so wurden sie in den 1990ern von sogenannten „Confrontational Talks“ oder „Daily Talks“² abgelöst. Durch das große Aufkommen an Talkshows fand Ende der 1990er-Jahre auch die Politik ihren Weg in die Diskussionsrunden (vgl. Bertling & Nieland 2015:28). Das Vordringen der Politik in die Talkshows wird als „Talkshowisierung des Politischen“ bezeichnet (vgl. ebd. 2015:29).

„Talkshowisierung meint die Veränderung televisionärer Politikvermittlung aufgrund der dauerhaften Vermischung von politischem und alltäglichem Diskurs, von Politischem und Unpolitischem, von Information und Unterhaltung sowie von Öffentlichem und Privatem.“ (vgl. Sarcinelli/Tenscher 1999, zitiert nach Bertling & Nieland 2015:29).

Die Gründe, weshalb Politiker in Talkshows gastieren, können verschiedenen Ursprungs sein. Sie ermöglichen Oppositionspolitikern oder Neu- und Quereinsteigern, sich einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren, da sie oftmals keinen Zugang zu den klassischen Medienformaten haben. Auch bieten sie eine größere Freiheit, die eigenen Standpunkte zu verdeutlichen, weil sie weniger strukturiert sind als es bei Interviews der Fall ist. So haben Talkshowgäste mehr Raum für ihre Selbstdarstellung, ohne allzu häufig von Journalisten unterbrochen zu werden. Zudem erreicht man ein breites und diverses Publikum und kann darauf hoffen, dass im

² Die Konflikte der „Confrontational Talks“ entstehen meist aus dem Beziehungsgefüge der Studiogäste (Familien- oder Beziehungsprobleme), aus der Meinungsdarstellung oder den Publikumsreaktionen auf bestimmte Äußerungen der Gäste. Die „Daily Talks“ werden als Unterkategorie des „Confrontational Talks“ betrachtet. Sie gelten als monothematisch und werden täglich ausgestrahlt. Der Moderator spricht mit Gästen, die in der Regel medienun- erfahren sind. Oftmals werden auch Experten eingeladen (vgl. Thomas 2003:131).

Anschluss in weiteren Medien über die jeweilige Sendung berichtet wird (vgl. Bertling & Nieland 2015:29).

„Politische Talkshows sind eine Domäne der öffentlich-rechtlichen Sender“, schreiben Bertling und Nieland (2015:30). In Deutschland zählt man vier große Polittalkshows in den Öffentlich-Rechtlichen. Für das *ZDF* führt Maybritt Illner durch ihre gleichnamige Sendung. Die *ARD* produziert drei Diskussionsrunden: *Hart aber fair* mit Frank Plasberg, *maischberger. die woche*³, moderiert von Sandra Maischberger sowie *Anne Will*, die ebenfalls nach ihrer Talkmasterin benannt ist und Gegenstand des weiteren Verlaufs dieser Arbeit sein wird.

Anne Will wurde 1966 in Köln geboren und studierte Geschichte, Politologie und Anglistik in ihrer Heimat und in Berlin. Nach dem Studium absolvierte sie ein Volontariat in den Bereichen Hörfunk und Fernsehen beim *Sender Freies Berlin (SFB)*. Nachdem sie Gastgeberin einiger Talkshows beim *SFB* und im *WDR* Fernsehen war, moderierte sie 1999 als erste Frau die *Sportschau* in der *ARD* und berichtete hierfür im darauffolgenden Jahr sogar von den Olympischen Spielen aus Sydney. Zwischen April 2001 und Juni 2007 moderierte sie im Wechsel mit Ulrich Wickert und dem jetzigen *WDR*-Intendanten Tom Buhrow die *Tagesthemen*, bevor sie ebenfalls 2007 mit ihrer eigenen Talkshow *Anne Will* in der *ARD* startete (vgl. Rasmussen o.J.a). Seitdem führt die Journalistin und Moderatorin durch ihre wöchentliche Sendung. Zunächst wurde ihre Diskussionsrunde vier Jahre lang am Sonntagabend um 21.45 Uhr ausgestrahlt, bis das Format im Jahr 2011 auf den Mittwochabend rückte. 2016 kehrte *Anne Will* auf den sonntagabendlichen Sendeplatz zurück und ist mittlerweile durch die kritische und provokante Art der Gastgeberin zu einer Institution der deutschen Medienkultur geworden.

³ Ehemals *Menschen bei Maischberger*

4. Die Veränderungen eines Sendeformats im Zuge der Corona-Krise

Seit zu Beginn des Jahres 2020 das neuartige Coronavirus erstmals aufgetreten ist, hat sich das Leben der gesamten Menschheit stark verändert. Auch die Sendeanstalten reagierten auf die Pandemie. Die *Tagesschau* berichtete kaum mehr von etwas anderem; das an sie angeschlossene *ARD extra* zur Corona-Lage wurde Teil der „Neuen Normalität“⁴. Der Privatsender *RTL* versuchte es mit dem neuen Format *Die Quarantäne-WG*, in der sich Comedian Oliver Pocher mit den Moderatoren Thomas Gottschalk und Günther Jauch virtuell über ihr Zurechtkommen mit der aktuellen Situation austauschte, setzte diese aber nach nur drei Ausgaben „angesichts rapide sinkender Zuschauerzahlen“ (RTL/DPA 2020) wieder ab.

Auch bereits bestehende Sendeformate haben ihren Inhalt an die Pandemie angepasst. Im Folgenden sollen die Veränderungen des Talk-Formats *Anne Will* im Zuge der Corona-Krise dargestellt werden. Betrachtet werden hierfür vier Sendungen, die im Zeitraum zwischen dem 08.03.2020 und dem 29.03.2020 ausgestrahlt wurden. Sie skizzieren den Verlauf der Krise vom ersten Krankheitsausbruch in Deutschland bis eine Woche nach Beginn der Ausgangsbeschränkungen. Dargestellt wird also die Hochzeit des Ausnahmezustands. Als Vergleich wird die Ausgabe vom 23.02.2020 hinzugezogen, die sich mit den Landtagswahlen in Thüringen und Hamburg beschäftigt. Sie dient aufgrund der Brisanz des Themas und ihrer Gäste, die unterschiedlichen Fraktionen angehören, als Paradebeispiel für den in diesem Format normalerweise stark vorherrschenden politischen Diskurs. Es soll festgestellt werden, ob dieser mit Beginn der Krise Veränderungen durchläuft und abflacht.

⁴ Bundesfinanzminister Olaf Scholz benutzte diesen Terminus, um zu erklären, dass sich der Alltag durch das Coronavirus auf unbestimmte Zeit verändern würde.

4.1 Sendezeit

Der Sendeplatz von *Anne Will* liegt am Sonntagabend um 21.45 Uhr zwischen dem Sonntagskrimi und den *Tagesthemen*. Die reguläre Sendelänge beträgt 60 Minuten. Da es sich um eine Live-Sendung handelt, kann ihre Länge mitunter leicht variieren.

Durch die Anpassung der Sendezeit beweist die Sendeanstalt große Flexibilität. Die Sendelänge von zweien der insgesamt fünf untersuchten Ausgaben überschreitet die geplante Zeit deutlich. Liegen die Sendungen 1 und 2 nur unwesentlich über der angesetzten Zeit, so wird diese während Sendung 3 um ganze fünf Minuten und 27 Sekunden überschritten. Die Dauer der darauffolgenden Sendung 4 eine Woche später beträgt 1:03:36. Bei Sendung 5 überzieht *Anne Will* um lediglich 30 Sekunden.

Die Sendungen 2 und 3 werden *Anne Will* zu ihrer regulären Uhrzeit ausgestrahlt, wohingegen Sendung 4 und 5 erst um 22.00 Uhr beginnen. Auslöser hierfür ist die Überlänge der vorangegangenen *Tagesschau*. Diese dauert an beiden Tagen 30 Minuten anstelle der üblichen 15 Minuten (vgl. www.programm.ard.de 2020a-e).

Im Vergleich dazu beginnt auch Sendung 1 nicht zu ihrer üblichen Zeit, sondern mit einer fünfminütigen Verspätung um 21.50 Uhr. Dies ist die Folge einer Sonderausgabe der *Tagesthemen* zu den Bürgerschaftswahlen in Hamburg, die auch bei *Anne Will* Thema sind und auf die im Verlauf der Arbeit noch weiter eingegangen wird (vgl. www.programm.ard.de 2020a).

4.2 Studiogäste und Publikum

Zunächst wird die Sendung vor der Corona-Pandemie, also Sendung 1, betrachtet. Die Sitzordnung bildet ein zum Publikum hin offenes Viereck. Die Anwesenden sitzen nah beieinander auf großen Sesseln. In der Mitte der Sitzgruppe steht ein Tisch mit Trinkgläsern. Am oberen Ende hat Anne Will selbst ihren Platz. Unter dem Applaus des Publikums, das frontal auf sie schaut, stellt sie ihre Studiogäste vor: Rechts von ihr haben sich der Kandidat für den CDU-Parteivorsitz, Norbert Röttgen, die Fraktionsvorsitzende der Linken im Thüringer Landtag, Susanne Hennig-Wellsow, und der Parteivorsitzende der Grünen, Robert Habeck, eingefunden. Ihnen gegenüber sitzen von Anne Will ausgehend Franziska Giffey (SPD), Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, und Yassin Musharbash, der stellvertretende Leiter des Investigativ-Ressorts der überregionalen Wochenzeitung *Die Zeit*.

Die politischen Akteure sind deutlich in der Überzahl, eine große Parteilichkeit wird präsentiert. Dadurch ist, ungeachtet des brisanten Themas, der politische Diskurs enorm hoch. Dies wird sich mit Beginn der Pandemie stark ändern. Während der Corona thematisierenden Sendungen werden nur noch Politiker der Bundesregierung und der Landesregierungen eingeladen, die der Union oder der SPD angehören. Ihnen gegenüber finden sich exponierte Vertreter aus Medizin, Wissenschaft und Wirtschaft. Der Terminus *Polittalkshow* wird hier offensichtlich weiter gefasst, da bei dieser komplexen Thematik Experten anderer Bereiche als Grundlage für das daraus abzuleitende Regierungshandeln einbezogen werden. Die Thematik wird also nicht mehr rein politisch betrachtet.

In Sendung 2, der ersten Ausgabe zur Corona-Pandemie, sind die Sessel so arrangiert wie in der vorangegangenen Ausgabe. Abgesehen vom Publikum sind fünf Personen im Studio zu Gast, eine sechste wird per Video live zugeschaltet. Im Zentrum der Runde sitzt Talkmasterin Anne Will. Zu ihrer Rechten haben der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Karl-Josef Laumann (CDU), Sybille Katzenstein, Fachärztin für Allgemeinmedizin und Geriatrie aus Berlin, und Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, platzgenommen. Links von Will sitzen die Professorin für Infektionskrankheiten der Lunge am Universitätsklinikum Gießen und Leiterin der Abteilung Infektiologie, Susanne Herold, sowie der Wissenschaftsjournalist Ranga Yogeshwar. Per Live-Schalttafel wird der Bariton Michael Volle hinzugerufen, der Ende Februar an der Scala

in Mailand sang und sich zum Zeitpunkt der Sendung in Quarantäne befindet, da ein Mitglied seines Ensembles positiv auf das Coronavirus getestet wurde.

Der folgenden Sendung 3 wohnen sechs Studiogäste bei, es gibt kein Publikum mehr. Auch in dieser Ausgabe befindet sich die Moderatorin im Zentrum ihrer Gäste, die Anordnung der Sitzgelegenheiten ist dieselbe wie zuvor. Rechts von ihr haben der Vizekanzler und Bundesminister für Finanzen, Olaf Scholz (SPD), die stellvertretende Leiterin des Parlamentsbüros der überregionalen Tageszeitung *Süddeutsche Zeitung*, Cerstin Gammelin, und die Präsidentin des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA Bayern, Angela Inselkammer, platzgenommen. Zu ihrer Linken sitzen der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet (CDU), die ärztliche Leiterin des CharitéCentrums für Anästhesiologie und Intensivmedizin, Claudia Spies, und der Direktor des Instituts für Medizinische Mikrobiologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Alexander Kekulé, zu dieser Zeit ein häufig anwesender Gast in diversen Talkshows.

Während Sendung 4 ist das erste Mal eine den neuen Abstandsregeln entsprechende Veränderung in der Bestuhlung zu erkennen. Die Sessel stehen deutlich weiter auseinander und sind in Form eines Fünfecks angeordnet, neben jedem Sessel steht ein einzelner Tisch mit Getränken. Zudem befinden sich lediglich vier Gäste im Studio. Zur Rechten Anne Wills, die erneut das Zentrum darstellt, sitzt Melanie Brinkmann, Professorin für Virologie am Institut für Genetik der Technischen Universität in Braunschweig. Der Sessel neben ihr wird von Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU) besetzt. Auf der linken Seite der Talkmasterin sitzen Bernadett Erdmann, Chefärztin der zentralen Notaufnahme des Klinikums Wolfsburg, und Sebastian Fiedler, Bundesvorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter. Im Laufe der Sendung werden zunächst Markus Söder, Parteivorsitzender der CSU und Ministerpräsident des Freistaats Bayern, und später Tobias Hans, CDU-Politiker und Ministerpräsident des Saarlandes, live zugeschaltet.

In dieser Ausgabe wird zwar ein Diskurs zum Umgang mit der Pandemie aus der Sicht verschiedener Ministerpräsidenten erreicht, von einer ausgewogenen Repräsentation der Parteien kann hingegen nicht mehr gesprochen werden. Konsultiert werden insgesamt drei Politiker, die allesamt der Union angehören. Die zu starke Fokussierung auf die Argumentation der Christdemokraten könnte zu einer einseitigen Darstellung der Situation führen, da die Sichtweisen oppositioneller Parteien nicht zur Sprache kommen. Auffällig ist, dass auch außerhalb dieser Talkshow, beispielsweise in Pressekonferenzen oder Sonderausgaben von

Nachrichtensendungen, die Vertreter der Regierungsparteien CDU/CSU und SPD vorherrschend sind und oppositionellen Politikern kein Raum geboten wird. War der politische Diskurs, der stellvertretend auch in Sendung 1 sichtbar ist, in Deutschland vor der Pandemie von einer starken Polarisierung geprägt, so wurde er durch sie zunächst in den Hintergrund gedrängt und insgesamt abgeschwächt. In der Ausnahmesituation entstand eine solch hohe politische Solidarität, dass Staatshilfen teilweise sogar einstimmig im Eilverfahren von Bundestag und Bundesrat beschlossen werden konnten.

In der darauffolgenden Sendung 5 ist die Sitzordnung erneut in einem Fünfeck arrangiert. Links neben der Moderatorin sieht man den CDU-Politiker und Bundesminister für Energie und Wirtschaft, Peter Altmaier (CDU), sowie neben ihm die erste Vorsitzende des Marburger Bundes, Susanne Johna. Rechterseits haben sich Hamburgs Erster Bürgermeister, Peter Tschentscher (SPD), und der Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung an der Universität München, Clemens Fuest, eingefunden. Der Abteilungsleiter für Epidemiologie am Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung in Braunschweig, Gérard Krause, ist live ins Studio geschaltet. Zwar sitzen sich hier zwei Politiker unterschiedlicher Parteien gegenüber, dennoch gehören beide der regierenden Großen Koalition an. Somit ist auch in dieser Ausgabe erneut kein Oppositionspolitiker vertreten.

Die Sitzordnung der Anwesenden scheint, bis auf Anne Will als Zentrum, rein zufällig gewählt zu sein. Im Gegensatz zur Zusammensetzung variiert die Gästeanzahl kaum. In der Ausgabe vor der Corona-Pandemie sind fünf Gäste geladen. Auch während der Krise liegt die Anzahl bei fünf, manchmal sogar bei sechs Gästen. Eine Änderung ist aber die vermehrte Nutzung von Live-Schalten, wodurch die Diskussionsteilnehmer nicht zwangsläufig auch im Studio anwesend sind. Dies ist eine unmittelbare Folge der durch die Regierung beschlossenen Reise- und Kontaktbeschränkungen.

Zum Zeitpunkt von Sendung 2 ist außerdem noch Publikum im Studio anwesend. Dies ändert sich aber schon mit der darauffolgenden Ausgabe eine Woche später. Bei der Begrüßung der Fernsehzuschauer gibt Anne Will einen Hinweis darauf, dass es stiller sei als normal, „weil wir natürlich auch kein Publikum hier bei uns im Studio haben, weil auch wir wollen und müssen alles tun, damit sich das Coronavirus langsamer ausbreitet als es das bisher getan hat und bisher tut.“ (Borrs 2020c 00:09). Der Vergleich zu den Sendungen 1 und 2, während derer Zuschauerpräsenz noch gestattet war, zeigt, wie das Publikum die Dynamik einer Gesprächsrunde wesentlich verändern kann. Es applaudiert zu Beginn für die sie begrüßende Moderatorin

und ihre Studiogäste (Borrs 2020a 00:04, Borrs 2020b 00:03), aber auch, um ihre Zustimmung zu einigen Aussagen der Gäste zu signalisieren (z.B. Borrs 2020a 05:21, 14:57, 25:45 und Borrs 2020b 41:14, 43:04, 56:22). Dadurch fühlen sich die Sprecher in ihrer Haltung bestärkt. In den Ausgaben 2 bis 5 ist dies von der Zustimmung oder Ablehnung der übrigen Gäste abhängig.

4.3 Thema und Inhalt

Die Themen von *Anne Will* sind stets von hoher Aktualität und Brisanz. Die Journalistin diskutiert mit ihren Gästen über politische Prozesse, wirtschaftliche Zusammenhänge und gesellschaftliche Trends (vgl. ARD-Mediathek 2020). Im Zuge der Corona-Krise werden wöchentlich neue Entwicklungen und Erkenntnisse erörtert. Die Themen knüpfen hierbei an die jeweils neu beschlossenen Maßnahmen an und betrachten die bisherigen Resultate der Corona-Beschränkungen.

Die erste die Corona-Krise betreffende Sendung vom 08.03.2020, sprich Sendung 2, mit dem Titel *Quarantäne, Hamsterkäufe, abgesagte Veranstaltungen - wie berechtigt ist die Angst vor dem Coronavirus?* thematisiert zunächst einmal grundlegende Erkenntnisse zum Coronavirus. Die Zuschauer werden darüber informiert, wann eine Testung auf die neuartige COVID-19-Erkrankung nötig ist. Karl-Josef Laumann sagt hierzu:

„Also ich glaube, dass wir klare Richtlinien vom RKI haben, unter welchen Voraussetzungen getestet wird. Die sind eigentlich sehr eindeutig. Wenn man aus einem Krisengebiet kommt, muss man getestet werden. Ansonsten muss man nur getestet werden, wenn man Kontaktperson war, wenn man die Symptome hat. Wir sagen allen Leuten: Geht nicht in die Arztpraxen, sondern telefoniert mit dem System.“ (Borrs 2020b 14:03).

Man habe Hotlines eingerichtet, um die Anrufer von den Arztpraxen fernzuhalten. Der Wissenschaftler Ranga Yogeshwar erklärt eindringlich und verständlich, weshalb Absagen von Großveranstaltungen und möglicherweise weitere Maßnahmen wie Kita- und Schulschließungen nötig seien:

„Wenn wir von einer Verdopplungszeit einer Woche [...] ausgehen, sind es nächste Woche, wenn *Anne Will* wieder stattfindet, 2.000 [Infizierte], die Woche darauf 4.000, Ende des Monats fast 10.000 und so geht es weiter [...]. Wenn man nichts tun würde, würde man Ende Mai rechnerisch bei einer Million sein.“ (ebd. 22:39).

So veranschaulicht er, was exponentielles Wachstum in diesem speziellen Fall bedeutet. Weiter rät er von Hamsterkäufen und dem Beklauen von Krankenhäusern ab, das sich in der Woche zuvor stark abgezeichnet hatte (vgl. ebd. 24:15). Er rechtfertigt einhergehend damit auch die zu diesem Zeitpunkt noch nicht feststehende Absage von Fußballbundesliga-Spielen und Sportveranstaltungen im Allgemeinen.

Es wird zudem ein Vergleich zur herkömmlichen Influenza gezogen, aber auch benannt, was noch ungeklärt ist: Nämlich, ob nach einer Erkrankung Immunität besteht und ob „das [Infektionsgeschehen] im Sommer abflaut.“ (ebd. 48:34). Der Grund für eine höhere Empfänglichkeit für Influenzaviren im Winter sei, dass Menschen vermehrt zusammen in geschlossenen Räumen seien, mehr Bus fahren und die Schleimhäute trockener seien. Bei Corona sei man sich dessen noch nicht sicher (vgl. ebd. 49:00).

In einem in Minute 49:32 eingespielten Beitrag wird über Kursverluste an den Börsen und die Abhängigkeit der deutschen von der chinesischen Wirtschaft berichtet, auch in Bezug auf Medikamente und Schutzkleidung, an der es stark mangelt. Zudem erwarte der DEHOGA⁵ enorme Umsatzeinbußen.

Zum Schluss reißt Anne Will kurz an, dass es wohl kein Konjunkturprogramm geben werde, um die Wirtschaft zu stärken (vgl. ebd. 51:20). Daraufhin fordert Laumann „eine vernünftige Lösung beim Kurzarbeitergeld. Das heißt unbürokratisch und vor allen Dingen, dass die Remanenzkosten [...] übernommen werden [müssen].“ (ebd. 51:35).

Sendung 3 trägt das Thema *Die Corona-Krise - wie drastisch müssen die Maßnahmen werden?* und stellt die Neuerungen der vergangenen Woche sowie einen Ausblick auf die kommende Zeit dar. Direkt zu Beginn wird in einem Einspieler erklärt, dass in ganz Deutschland ab der darauffolgenden Woche die Kitas und Schulen geschlossen bleiben. Zudem wird ein Ausschnitt aus der Bundespressekonferenz gezeigt, in der Olaf Scholz und Peter Altmaier erklären, dass „rund eine halbe Billion Euro zur Verfügung stehen“ (Borrs 2020c 01:49), um durch die Corona-Krise in Not geratene Betriebe und Bürger zu unterstützen. Ebenso wird über die derzeitige Lage in anderen europäischen Ländern berichtet und erklärt, dass am nächsten Tag die Grenzen zu Frankreich, Dänemark, Österreich und der Schweiz teilweise geschlossen würden (vgl. ebd. 02:53). Der Virologe Alexander Kekulé fordert ganz offen das Herunterfahren des öffentlichen Lebens, da seiner Ansicht nach nach der Entdeckung des ersten Falls in China zu viel Zeit vergangen sei, ohne Maßnahmen zu treffen (vgl. ebd. 07:14):

⁵ Deutscher Hotel- und Gaststättenverband e.V.

„Wenn wir wirklich zwei bis drei Wochen, so lang dauert ja die Inkubationszeit, wenn wir es schaffen, in dieser Zeit alles stillzulegen, fast könnte man sagen ein Shutdown des gesamten Landes, es ist so ein Beinahe-Shutdown, dann ist die Hoffnung, dass man es vermeidet, dass diese Zahl der Infizierten exponentiell weiter ansteigt.“ (ebd. 09:35).

Angesprochen wird auch die Thematik, Kinder während der Schließungen von Schulen und Kindertagesstätten nicht bei den Großeltern unterzubringen, weil so die Gefährdung der Risikogruppe in Kauf genommen würde (vgl. ebd. 12:15). In Minute 13:23 berichtet Armin Laschet von einer Sonderkabinettsitzung, in der das Land Nordrhein-Westfalen an jenem Sonntag beschlossen hat, alle Bars, Restaurants und öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken und Fitnessstudios geschlossen zu halten und nur noch Läden des täglichen Bedarfs zu öffnen. Claudia Spies erklärt, dass Quarantäne oder Isolation nur für betroffene Personen gelten müssten, ansonsten aber „soziale Distanz“ (vgl. ebd. 21:22), also ein Abstand von zwei Metern zum Nächsten, ausreiche. Außerdem sei „Hygiene absolut notwendig.“ (ebd. 21:42).

In einem weiteren eingespielten Beitrag wird gezeigt, wie Deutschlands Krankenhäuser auf die Pandemie vorbereitet sind (vgl. ebd. 35:14) und dabei offengelegt, dass es an einer Großzahl von Pflege- und Intensivkräften mangelt. Daraufhin folgt die Feststellung, dass es ebenso an Schutzkleidung und Beatmungsgeräten fehlt, die aber bereits durch Bund und Länder bestellt worden sein sollen. Auch die zu geringe Höhe von Testkapazitäten auf COVID-19 wird bemängelt.

Zum Abschluss erhält Angela Inselkammer das Wort. Ihr liegt am Herzen, dass auch die Gastronomen und Hoteliers in der Krise nicht vergessen werden:

Wir brauchen unbedingt Liquiditätshilfen [...] in Form von Krediten, Steuerstundungen, was auch immer. Das Problem daran ist nur auch, dass sich da ein Schuldenberg ansammelt für einen Gastronomen, der eigentlich gar keine Chance hat, den wieder abzubauen, weil der eigentlich sowieso von der Hand in den Mund lebt. Deswegen wünsche ich mir [...] die 7% Mehrwertsteuer für die Gastronomie, weil die Rendite [...] zu wenig ist.“ (ebd. 53:13).

Olaf Scholz schenkt ihr Verständnis und erklärt, dass seine gegenwärtige Überlegung eine Art Fond sei, die man über die KfW abwickeln könne (vgl. ebd. 58:46) und „ganz anders als in vielen andern Ländern und zwar vorbildlich für ganz Europa haben wir [...] ein

milliardenschweres Programm auf den Weg gebracht, damit die Situation besser wird. Und dann müssen wir uns den einzelnen Themen zuwenden.“ (ebd. 1:02:14).

Das Thema von Sendung 4 lautet *Deutschland im Ausnahmezustand - gewinnen wir den Kampf gegen das Coronavirus?* Anne Will eröffnet die Runde mit der „Nachricht des Tages: Eine bundesweite Ausgangssperre, die manch einer ja befürchtet hatte, soll es nicht geben, aber was von morgen an gilt, ist ein striktes Kontaktverbot [...]“ (Borrs 2020d 00:09). Per Live-Schalte nimmt Markus Söder an der Diskussion teil. Er erklärt, weshalb Bayern frühzeitiger als die übrigen Bundesländer Maßnahmen der Kontaktbeschränkungen veranlasst hat: „Wir in Bayern waren stärker betroffen, weil wir eben an der Grenze zu Österreich und Italien sind.“ (ebd. 02:48).

Sebastian Fiedler mahnt diesbezüglich, die Bevölkerung sei verunsichert, da die Regelungen kommunal unterschiedlich seien (vgl. ebd. 10:33). Daher sei es nötig, „dass wir den Föderalismus so ausgestalten derzeit, dass in Deutschland alle Leute wissen, was sie zu tun und zu lassen haben.“ (ebd. 10:53). Weiter formuliert Melanie Brinkmann, dass es aus rein virologischer Sicht richtig sei, die Ausbreitung des Virus durch ein Kontaktverbot effektiv zu stoppen (vgl. ebd. 12:46). Man bräuchte die Zeit, die durch die Maßnahmen gewonnen würde, um die Kliniken vorzubereiten (vgl. ebd. 13:30).

Bernadette Erdmann findet die neuen Beschränkungen zwar gut, befürchtet aber, sie kämen zu spät (vgl. ebd. 14:35). Es herrsche bereits starker Personalmangel im Gesundheitswesen. Außerdem macht sie sich Sorgen, dass die Isolation mancher Menschen durch die Kontaktbeschränkungen noch verstärkt werde sowie die häusliche Gewalt steigen und sich die Suizidrate erhöhen könne (vgl. ebd. 16:12).

Hervorgehoben wird in dieser Sendung der Vergleich zur prekären Situation Italiens. Markus Söder sagt dazu:

„Das ist ja unglaublich schlimm und dramatisch. So darf es bei uns auch nicht werden, dass die Ärzte am Ende entscheiden müssen, wer lebt und wer lebt nicht [...]. Drum ist es ja auch so wichtig, dass sich der Gesundheitsminister Spahn [...] aufopfert dafür, dass wir die Masken, die Schutzkleidung, Atemgeräte bekommen, weil wir ja noch kein Medikament und keinen Impfstoff haben.“ (ebd. 19:43).

Das Thema Impfstoff greift Anne Will im Verlauf erneut auf und richtet sich damit an Melanie Brinkmann (vgl. ebd. 33:00). Diese hält es für realistisch, dass ein Impfstoff in einem Jahr

entwickelt sein könnte (vgl. ebd. 33:13). Da man die Maßnahmen aber nicht so lang aufrechterhalten könne, müsse man jetzt anfangen nachzudenken, wie man die Situation deeskalieren könne (vgl. ebd. 33:47). Sie nimmt damit Bezug auf eine Studie aus London, die in einem vorherigen Beitrag (vgl. ebd. 27:13) Erwähnung findet. Laut dieser müssten die strikten Einschränkungen so lang gelten, bis ein Impfstoff verfügbar ist. Die Studie geht dabei von einer Entwicklungsdauer von 18 Monaten aus. Melanie Brinkmann betont aber, es handele sich dabei um „eine Modellstudie“ (vgl. ebd. 34:03), sodass niemand fürchten muss, die Beschränkungen würden bis dahin aufrechterhalten.

Ein ganz neuer Aspekt wird in Verbindung mit dem mittlerweile bekannten Problem des Mangels an Schutzkleidung von Sebastian Fiedler verknüpft: „Die Sicherheitsbehörden sind auch nicht ausgestattet [...].“ (ebd. 31:23). Es sei beispielsweise keine Schutzkleidung für Streifenpolizisten vorhanden.

Später ist Tobias Hans zugeschaltet. Anne Will befragt ihn dazu, wie lange die bestehenden Grenzkontrollen aufrechterhalten werden könnten und notwendig seien, da er sich durch seine Nähe zu Frankreich auch über „innereuropäische Verwerfungen“ Gedanken machen müsse (vgl. ebd. 37:56). Ihm ist wichtig, dass Europa auch in einer solchen Krisensituation zusammenhält und die Grenzschließungen so kurz wie möglich beibehalten werden. Um sich solidarisch zu zeigen, würden so lang wie möglich auch Patienten aus der französischen Nachbarregion in den saarländischen Kliniken behandelt (vgl. ebd. 38:42).

Bezüglich der Grenzkontrollen richtet sich Anne Will auch an Melanie Brinkmann. Sie möchte von ihr erfahren, ob sie diese zur Eindämmung des Virus für sinnvoll hält (vgl. ebd. 42:11). Brinkmann nimmt Asien als Paradebeispiel, in dem die Eindämmung gut funktioniert hat und fordert einen einheitlichen europäischen Weg anstelle von unterschiedlichen Lösungen einzelner Staaten (vgl. ebd. 42:23). Auch Helge Braun wird diesbezüglich von der Moderatorin nach seiner Einschätzung gefragt:

„Der innereuropäische Verwerfungsprozess darf nicht riskiert werden, auch über diese Krise nicht. Herr Braun, Sie sind gleichzeitig auch Mediziner und Kanzleramtsminister. Ist es das, was jetzt ansteht, dass man sich sehr viel besser vernetzt, statt man in nationalstaatliche Eigen- und Sonderwege findet?“ (ebd. 43:24).

Er erklärt offene Grenzen für den Warenverkehr daraufhin als „absolut notwendig“ (vgl. ebd. 44:05). Dennoch glaubt er, dass die Krise sowohl gesundheitliche als auch wirtschaftliche Spuren in der Gesellschaft hinterlassen werde und kündigt für den folgenden Tag wirtschaftliche

Hilfen in dreistelliger Milliardenhöhe an (vgl. ebd. 45:21). Daran ist zu erkennen, dass Politiker das Format einer Polittalkshow auch als Medium nutzen, Ankündigungen und Vorhaben in der Bevölkerung zu verbreiten.

Thematisiert wird nach dem Einspielen eines Films über ein Einzelschicksal (vgl. ebd. 47:50) die Soforthilfe für Soloselbstständige. Tobias Hans berichtet hierzu, dass es schnell bundesweite Hilfen geben werde, die noch in derselben Woche nicht nur in Sondersitzungen des Bundeskabinetts, sondern auch des Bundestages und Bundesrates verabschiedet werden sollen. Im selben Atemzug lobt er, wie schnell und gut die Bundesregierung mit den Bundesländern zusammenarbeite (vgl. ebd. 49:21). Darauf folgt ein eingespielter Film über Kurzarbeitergeld, in der eine Betriebsratsvorsitzende dessen hundertprozentige Aufstockung fordert. Helge Braun erklärt im Anschluss die Zusammensetzung des Kurzarbeitergeldes (vgl. ebd. 52:42) und dass die Bundesregierung beschließen möchte, dass freigestellte Mitarbeiter, die Kurzarbeitergeld beziehen, hinzuverdienen dürfen (vgl. ebd. 54:16).

Anne Will richtet im Anschluss die Frage, ob die wirtschaftlichen, psychologischen oder gesundheitlichen Auswirkungen die Gesellschaft nachhaltiger verändern werden, an Sebastian Fiedler (vgl. ebd. 54:37). Das wisse niemand, so Fiedler. Er glaubt aber, dass Grenzkontrollen nachhaltigen Schaden in der EU anrichten werden und fordert, dass Deutschland Gelder für andere europäische Länder bereitstellen soll (vgl. ebd. 55:01). Daraufhin stellt Anne Will Tobias Hans dieselbe Frage (vgl. ebd. 55:17). Dieser wähnt, wir seien noch ganz am Anfang der Krise und eine Abstimmung mit der Opposition sei wichtig, denn „das ist meine große Hoffnung, dass diese Krise am Ende auch eine Chance ist für gesellschaftlichen Zusammenhalt.“ (ebd. 58:30).

Kurz vor Ende kommt auch Bernadette Erdmann noch einmal zu Wort. Sie glaubt, dass eine Teilnahme ihrerseits an der Talkrunde in der nächsten Woche aufgrund von Reisebeschränkungen nicht mehr möglich sein werde (vgl. ebd. 58:47) und befürchtet, dass es in Deutschland ähnliche Ausmaße annehmen werde wie in Italien, denn „wir würden uns nicht hinstellen und Ersatzkrankenhäuser planen, wenn wir nicht damit rechnen würden.“ (ebd. 59:27). Die Schwierigkeit läge darin, dass die Prognosen mit Zahlen erarbeitet würden, von denen man nicht sicher sein könne, ob sie stimmen und verweist damit auf einen Irrtum des Robert-Koch-Instituts. Es hatte zuvor erklärt, die Infektionen gingen zurück, obwohl ihnen noch nicht alle Fallzahlen übermittelt worden waren (vgl. ebd. 01:00:38). Abschließend berichtet Erdmann, dass nun auch Mitarbeiter von Normalstationen für die Arbeit auf Intensivstationen weitergebildet würden, um auf alle Eventualitäten gefasst zu sein (vgl. ebd. 01:01:32).

Sendung 5 ist betitelt mit *Der Corona-Ausnahmezustand - wie geht es weiter in Deutschland?* Anne Will eröffnet die Sendung mit der Frage „Wo stehen wir jetzt nach einer Woche Kontaktsperre?“ (Borrs 2020e 01:08). Darauf folgt ein Einspieler, der die Fallzahlen sowohl weltweit als auch in Deutschland darstellt. Zitiert wird hierin zunächst Jens Spahn auf einer Pressekonferenz: „Noch ist das die Ruhe vor dem Sturm; keiner kann genau sagen, was in den nächsten Tagen noch kommt.“ (ebd. 01:36). Armin Laschet hingegen möchte bereits über Exit-Strategien nachdenken und Maßstäbe für die Rückkehr ins soziale und öffentliche Leben entwickeln (vgl. ebd. 02:36). Peter Altmaier äußert sich im Anschluss an den eingespielten Film insofern, als dass eine Abhängigkeit von der Infektion bestünde und daher kein genauer Zeitpunkt hinsichtlich der Lockerungen der Beschränkungen genannt werden könne (vgl. ebd. 03:06). Gérard Krause findet es dennoch wichtig, dass jetzt schon über Maßnahmen nachgedacht wird, um in ein öffentliches Leben zurückzukehren, auch wenn es noch keine Kriterien und feste Zeitpunkte dafür gebe. Auf Anne Wills Frage, ob die momentane Strategie der Beschränkungen erfolgreich sei (vgl. ebd. 04:55), antwortet er: „Das ist unser Dilemma, wir können das nicht vorausschauen.“ (ebd. 05:04). Es sei noch etwas früh für eine Einschätzung und man müsse die Maßnahmen kontinuierlich anpassen. Er erhofft sich aber eine Verlangsamung der Ausbreitung durch wärmeres Wetter (vgl. ebd. 27:12). Auch Peter Tschentscher teilt seine Auffassung: „Wir können diese Wirkung noch gar nicht ermessen.“ (ebd. 06:18). Er wolle den Menschen nicht das Signal senden, die Situation wäre nicht mehr gefährlich, denn die Wirkung der Maßnahmen träte immer erst mit Verzögerung ein. Die Dynamik sei in Deutschland noch sehr hoch und man müsse die Maßnahmen vorerst beibehalten (vgl. ebd. 07:11).

Die Moderatorin richtet sich an Clemens Fuest, um in Erfahrung zu bringen, welchen Zeitpunkt für Lockerungen er für korrekt halte (vgl. ebd. 08:07). Er erklärt die Situation aus wirtschaftlicher Sicht:

„Ein Shutdown von einem Monat, wenn die Hälfte der Wirtschaft zugemacht wird, kostet ungefähr 4% des BIP. Wenn wir das Ganze, das zeigen unsere Szenarien, um eine Woche verlängern, kostet uns das 40 Milliarden Euro [...]. Also in einer Woche kostet uns das so viel wie der Verteidigungshaushalt dieses Landes, für eine vierköpfige Familie 2.000 €. Das macht deutlich, wie hoch die Kosten sind.“ (ebd. 08:38).

Susanne Johnas größte Sorge ist, trotz aller Maßnahmen, das medizinische Personal gesundzuhalten. Dies sei nur möglich, wenn genügend Schutzausrüstung vorhanden ist und das sei nicht der Fall (vgl. ebd. 11:41). „Immer noch nicht?“, schaltet sich die Moderatorin daraufhin alarmiert ein. Somit wird die Schutzkleidung als stark diskutiertes Thema auch in dieser Ausgabe

nicht ausgelassen. Peter Altmaier erklärt beschwichtigend, dass mittlerweile schon einige Lieferungen eingetroffen seien, der Bedarf aber enorm steige. Es dauere ein paar Tage, bis Firmen ihre Produktion auf Schutzkleidung umstellen könnten (vgl. ebd. 14:03). Bei den Preisen für Masken ist laut Altmaier mittlerweile ein „Überbietungswettbewerb“ entfacht, wo es früher um Centbeträge ging (vgl. ebd. 22:54). Daraufhin befragt Anne Will ihn, ob es beim gerade von Bund und Ländern beschlossenen COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz nicht nötig wäre, deutlich mehr Geld auf den Weg zu bringen, um auch das medizinische Personal dauerhaft zu unterstützen (vgl. ebd. 23:12). Er pflichtet ihr bei und erklärt ferner, er sei sich mit dem Finanzminister einig, dass die Zulagen für Pflegekräfte steuerfrei blieben (vgl. ebd. 23:57). Auch nach der Krise solle die finanzielle Wertschätzung für Pflegeberufe steigen (vgl. ebd. 24:36).

Im weiteren Verlauf werden, wie bereits in den vergangenen Ausgaben, die Schließungen von Schulen und Kitas erneut thematisiert. Es herrschte zu Beginn der Krise Uneinigkeit darüber, ob dies nötig sei oder nicht. Zunächst wurden die Schließungen nicht empfohlen (vgl. ebd. 39:00). Altmaier bestreitet, dass es sich bei der Offenhaltung um einen Irrtum gehandelt habe (vgl. ebd. 39:18).

Diskutiert wird darüber hinaus ein Antikörpertest, der zum Zeitpunkt dieser Sendung gerade entwickelt wird (vgl. ebd. 44:03). Im Gegensatz zum bereits vorhandenen Testverfahren, das die akute Infektion nachweist, soll das neu entwickelte zeigen, ob der Getestete bereits erkrankt war und sein Blut somit Antikörper aufweist. Auch eine App, mittels derer der Kontakt zu Corona-Infizierten nachverfolgt werden könnte, wird zur Sprache gebracht. Krause stellt sich allerdings aus drei Gründen dagegen: Erstens sei räumliche Nähe nicht allein ausschlaggebend für eine Infektion, zweitens würden Menschen unnötig verängstigt, weil sie sich in Gefahr fühlten und drittens sei eine App nicht verhältnismäßig, weil ganz massiv in Persönlichkeitsrechte eingegriffen würde, die hart erkämpft wurden (vgl. ebd. 46:28).

Es folgt ein Beitrag (vgl. ebd. 49:32), in dem über ein Hilfspaket der Bundesregierung über 750 Milliarden Euro berichtet wird, das in Rekordzeit verabschiedet wurde. Außerdem gibt es neue Hilfen für Kleinunternehmen. Ein Einzelschicksal wird dargestellt, in der der Inhaberin eines Brautmodengeschäfts kein Ratenaufschub durch ihre Hausbank genehmigt wird. Es gebe zwar eine neunzigprozentige Haftungsübernahmegarantie; die übrigen zehn Prozent lösten aber zu viel Prüfbürokratie aus, die den Vorgang verlangsamt. Im Studio erklärt Altmaier dazu, dass es momentan nicht anders möglich sei, weil die Europäische Kommission bisher nur 90 % der Haftungsübernahme genehmigt hat. Es herrsche aber politische Einigkeit über eine Anpassung (vgl. ebd. 52:09). Clemens Fuest schaltet sich ein und nimmt die Schweiz als Beispiel für eine hundertprozentige Haftungsübernahmegarantie (vgl. ebd. 54:34). Als Anne Will ihn damit

unterbricht, dass die Schweiz kein EU-Mitglied sei (vgl. ebd. 54:47), widerspricht er, dass sie sich dennoch an einige Regeln der Europäischen Union zu halten habe und dass Unternehmen, die durch die Krise plötzlich hochverschuldet seien und denen nur eine neunzigprozentige Haftungsübernahme garantiert würde, zu einem „Dead-Overhang-Problem“ führen könnten, weil die Unternehmer dann nicht mehr investieren würden, sondern man sich in die Insolvenz flüchte (vgl. ebd. 55:10).

Zum Ende hin erfährt Altmaier Kritik für die bisher von der Bundesregierung getroffenen finanziellen Maßnahmen. Diese sind laut Fuest nicht ausreichend (vgl. ebd. 56:59). Altmaier räumt daraufhin ein: „Natürlich, wenn man etwas so schnell macht, dann übersieht man manchmal etwas [...]“ (ebd. 58:00) und verspricht, dass die Regierung dort, wo es notwendig ist, noch einmal reagieren werde. Anne Will richtet sich daraufhin mit den Worten „Sie haben gesagt, Sie seien sich sicher, dass wir stärker aus der Krise herauskommen würden als wir reingegangen sind.“ an ihn (ebd. 58:47). Mit seiner Antwort „Ja, diesen Optimismus habe ich!“, streut Peter Altmaier zum Ende der Sendung Hoffnung unter den Zuschauern.

Fasst man diese Befunde zusammen, wird zunächst deutlich, dass einige Themen Gegenstand jeder Ausgabe sind. Dazu zählen das begrenzte Vorhandensein von Schutzkleidung, die zunächst nicht für nötig befundene und dann doch vollzogene Schließung von Schulen und Kindertagesstätten, aber auch der Mangel an Pflegefachkräften und ihre geringe Bezahlung. Ebenso findet in jeder Folge eine Einordnung in den globalen Kontext statt; besonders häufig wird der direkte Vergleich zu Italien gezogen. Eine mögliche Ursache für diese immer wieder aufgeführte Gegenüberstellung könnte sein, dass der deutschen Bevölkerung versichert wird, dass das Gesundheitssystem in Deutschland trotz des Mangels an Schutzkleidung und Pflegefachkräften weitestgehend stabil sei. Die Lage wird von Woche zu Woche neu eingeschätzt. Besonders durch die eingespielten Filme erlangt man den Eindruck, als sei diese trotz der Knappheit einiger Güter weitaus weniger prekär als in anderen Staaten der Welt. Durch die Appelle der Politiker und Experten aus dem Gesundheitswesen wird eine völlig neue Wertschätzung für Pflegeberufe in der Bevölkerung hervorgerufen. Die ständige Repetition dessen wird es vermutlich nicht zulassen, dass die Diskussion um dauerhaft bessere Arbeitsbedingungen in diesem Bereich nach der Krise zum Erliegen kommt. Durch das Medium *Talkshow* sieht sich eine besonders breite Öffentlichkeit mit den Missständen konfrontiert.

Dass auch die Schließung von Schulen und Kindertagesstätten in jeder Ausgabe diskutiert wird, zeigt, wie weit entfernt man noch von der Beherrschung des Virus ist. Niemand kann bisher

mit Sicherheit sagen, inwieweit Kinder als Überträger fungieren und ob sie selbst womöglich gar nicht am Virus erkranken. Durch diese Ungewissheit müssen täglich neue Einschätzungen des Risikos vollzogen und Entscheidungen über Maßnahmen getroffen werden.

Gegenüber diesen Ausgaben ist das Thema der zum Vergleich hinzugezogenen Sendung 1 mit dem Titel *Wahlen in gefährdeten Zeiten – wie fest steht die Mitte?* deutlich politischer. Wie im Folgenden zu sehen sein wird, entsteht durch die unterschiedlichen Sichtweisen der dort auftretenden politischen Akteure eine stärkere Dynamik als zu Corona-Zeiten. Das Ziel der einzelnen Gäste besteht darin, die Position ihrer Partei darzulegen und sich als so vorteilhaft wie möglich zu präsentieren, nicht aber der Bevölkerung in unsicheren Zeiten die Angst zu nehmen und an ihre Vernunft zu appellieren. Dadurch ist das Konfliktpotenzial sehr hoch.

Anne Will befragt zunächst Norbert Röttgen auf der Grundlage des Wahlergebnisses aus Hamburg, wem es anzulasten sei, dass der CDU als selbsternannte „Partei der Mitte“ die Mitte abhandengekommen sei (vgl. Borrs 2020a 00:56). Er äußert daraufhin zwar, sie „müssen einsehen, dass die Mitte nicht mehr die ist, die sie mal in den [19]60er-, [19]70er-Jahren war.“ (ebd. 01:43), weicht ihrer Frage ansonsten aber aus. Daher hakt die Moderatorin bei Minute 02:04 noch einmal nach. Röttgen erntet Applaus vom Publikum für seine Aussage, man müsse der Angst in der Bevölkerung ein christdemokratisches Angebot entgegensetzen (vgl. ebd. 03:01). Auch Annegret Kramp-Karrenbauer hätte bei ihrer Wahl bereits betont, dass man sich inhaltlich neu aufstellen müsse, so die Moderatorin (vgl. ebd. 3:11). Sie möchte wissen, ob die CDU wieder an Stimmen gewinnen werde, sollte er Parteivorsitzender werden. Röttgen möchte Kramp-Karrenbauer nicht kritisieren, da er ihren Erfolg gewollt habe (vgl. ebd. 03:28), er respektiere aber ihre Entscheidung, die ihn überrascht und die er nicht für notwendig gehalten habe (vgl. ebd. 03:50). Daraufhin versucht er sich erneut an einer Antwort auf Anne Wills zu Beginn gestellte Frage. Dazu meint er, Politik müsse in der Partei gemacht werden, damit man sich nicht in der Öffentlichkeit gegenseitig schlechtrede, so würde auch der Wettbewerb positiver (vgl. ebd. 04:39). Die Zeit sei von Veränderungen und Verunsicherung geprägt, sodass die Parteien den Wählern attraktivere Angebote machen und Perspektiven entwickeln müssten (vgl. ebd. 04:57).

An Franziska Giffey gerichtet bezieht sich Will auf die vorangegangene Ausgabe der *Tagesthemen*, in der Caren Miosga festgestellt hatte, die SPD sei zwar der Gewinner der Wahl, aber auch die Partei mit den meisten Verlusten (vgl. ebd. 05:31). Giffey erklärt daraufhin ihre Freude über den Wahlsieg (vgl. ebd. 06:15). Auf die Frage, ob eine Kurskorrektur benötigt

werde (vgl. ebd. 08:35), beschreibt sie die Notwendigkeit einer guten Wirtschaftspolitik, bei der Klimawandel und Industrie als Ergänzung zur Sozialpolitik gleichermaßen eine Rolle spielen.

Nun rückt Robert Habeck ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Die Moderatorin möchte von ihm erfahren, was noch getan werden müsse, um die Mitte tatsächlich ganz zu erobern, da er sich im Januar mit den Grünen noch gute Chancen auf den Wahlsieg ausgerechnet hatte (vgl. ebd. 09:11). Die Grünen seien schon lang keine Nischen- oder Splitterpartei mehr, die sich um die verlorenen Themen der anderen Parteien kümmere, betont er (vgl. ebd. 09:48). Ein Grund für den Sieg der SPD sei, dass in Zeiten der Verunsicherung der Amtsbonus stark zu Buche schlage (vgl. ebd. 12:28). Dies sei auch in Hinblick auf die kommende Bundestagswahl interessant, da zum ersten Mal seit 70 Jahren kein amtierender Bundeskanzler mehr zur Wahl stehen werde (vgl. ebd. 12:51).

Der Kommentar von Yassin Musharbash, in dem er äußert, dass die Wahl in Hamburg nicht so große Auswirkungen auf die politische Mitte Deutschlands haben werde wie die Wahl in Thüringen (vgl. ebd. 14:54), bringt nun auch Susanne Hennig-Wellsow in die Diskussion. Anne Will gefällt, dass sie Thüringen zuvor immer wieder als „Absurdistan“ bezeichnet hatte (vgl. ebd. 18:53). Ein Einspieler erklärt, was damit gemeint ist (vgl. ebd. 19:10): Die CDU hat in Thüringen eine Koalition mit der AfD und den Linken mehrfach ausgeschlossen, der FDP-Politiker Roland Kemmerich wurde dann aber mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gemeinsam zum Ministerpräsidenten gewählt. Daraufhin forderte die Bundes-CDU Neuwahlen, die die Landes-CDU verhindern wollte. Zurück im Studio verlangt Hennig-Wellsow eine Zusage der CDU, Ramelow als Ministerpräsidenten zu wählen (vgl. ebd. 23:21), um somit zu gewährleisten, dass die Wahlstimmen der AfD nicht ausschlaggebend für seine Mehrheit sind. Daraufhin folgt ein Wortgefecht zwischen den Politikern, in dem es zu gegenseitigen Schuldzuweisungen für das gegenwärtige politische Dilemma kommt. In Kapitel 4.4 wird hierauf detaillierter eingegangen. Habeck beendet diesen Disput. Er formuliert, dass der „Komplettausfall der CDU“, die sich bis dato als „Garanten für Sicherheit und Stabilität“ dargestellt hatte, in Zeiten des rechtsradikalen Anschlags in Hanau oder den Wahlen in Thüringen ein großes Problem darstelle (vgl. ebd. 29:16). Die Wahl in Hamburg hingegen demonstriere eine Neujustierung der Demokratie. Sollte die CDU ihren Kurs nicht ändern, so prophezeit Habeck, werde sie nicht mehr die ordnungs- und orientierungsgebende Kraft des Landes sein (vgl. ebd. 29:46).

Franziska Giffey, die in Ostdeutschland geboren wurde und aufgewachsen ist, soll nun einschätzen, ob die Vermeidung der von der SPD geforderten Neuwahlen in Thüringen das Vertrauen in die Demokratie weiter gefährdet. Umfragen zufolge sei dieses bei Ostdeutschen

generell geringer als bei Westdeutschen (vgl. ebd. 30:31). Giffey kann das aus eigener Erfahrung bestätigen und lastet dies CDU und FDP in Thüringen an, da sie den politischen Konsens, keine Regierungsbildung mit den Stimmen der AfD zuzulassen, verlassen hätten (vgl. ebd. 31:05). Weiter erntet sie Applaus für ihr Statement:

„Ich würde es richtig finden, wenn man eine Neuwahl ermöglicht, zügig, aber bis dahin auch einen Weg findet, wie man das Land halbwegs regierungsfähig hält. Und da muss doch auch die CDU sich überlegen, wie sie wieder für Stabilität und Verlässlichkeit stehen kann. Man kann sich die Welt ja anders wünschen, sie ist aber nicht so. Da müssen alle, die politisch Verantwortung tragen, jetzt auch einen Weg finden.“ (ebd. 33:19).

Auch Yassin Musharbash empfiehlt nach vier gescheiterten Regierungsversuchen baldige Neuwahlen, um die Missstände zu beheben (vgl. ebd. 33:51). Sein Unverständnis darüber, warum im thüringischen Landtag keine Zweidrittel-Mehrheit zu diesem Entschluss kommt, teilt auch Hennig-Wellsoh (vgl. ebd. 34:12): „Ja, ich auch nicht“. „Neuwahlen wären gut.“, bestätigt Norbert Röttgen simultan. So herrscht das erste Mal ein Konsens in der Diskussionsrunde.

Weiter erläutert Frau Hennig-Wellsoh in Bezug auf den eingeblendeten Twitter-Post einer Parteikollegin, „wir haben hier die Chance, dass wir in dem Parteienspektrum von Linke bis CDU eine klare Grenze zur AfD ziehen können.“ (ebd. 34:48).

Röttgen stellt klar, dass er die Zusammenarbeit sowohl mit der AfD als auch mit den Linken zwar aus unterschiedlichen, aber jeweils kategorischen Gründen ablehnt (vgl. ebd. 36:18), denn die Auffassung der CDU, die Mitte neu zu definieren, basiere auf einer an der Menschenwürde orientierten und begründeten Abgrenzung sowohl nach links als auch nach rechts, auch wenn Grüne und SPD sich anders entschieden hätten (vgl. ebd. 37:16). Giffey fällt ihm ins Wort: „Wissen Sie, was unsere Abgrenzung ist? Unsere Abgrenzung ist Extremismus, Hass und Hetze. Egal von welcher Seite sie kommt, das ist das Entscheidende!“ (ebd. 37:27).

Daraufhin wirft Anne Will Röttgen vor, durch seine Abgrenzung zur Linkspartei würde er die Personalien Bernd Höcke (AfD) und Bodo Ramelow (Die Linke) in einen Topf werfen (vgl. ebd. 38:18). Dies bestreitet er vehement.

In Minute 41:00 wird ein Film eingespielt, der die Gefahr von Rechtsextremismus darstellt. Im Hinblick darauf informiert Giffey über ihr Engagement für die Entfristung und Weiterführung eines diesbezüglichen Bundesprogramms (vgl. ebd. 47:43). Sie fordert ein

Demokratiefördergesetz, zu dem Musharbash einbringt, dass es sich dabei um keine neue Idee handele, sondern diese aus Zeiten des NSU-Terrors stamme (vgl. ebd. 50:02).

Anne Will nimmt kurz vor Schluss (vgl. ebd. 56:53) noch einmal Bezug auf den in Minute 41 eingespielten Film, in dem Horst Seehofer zitiert wird, dass es auch Linksextremismus gebe, die hohe Gefahrenlage durch Antisemitismus, Rechtsextremismus und Terrorismus aber nicht relativiert werden dürfe (vgl. ebd. 43:06). Damit richtet sich die Moderatorin an Norbert Röttgen. Auch er lehnt eine Relativierung ab (vgl. ebd. 57:30) und bezeichnet seinerseits den Rechtsextremismus als größte Bedrohung (vgl. ebd. 57:48). Er fordert systematischere und flächendeckendere Konsequenzen in diesem Bereich (vgl. ebd. 58:04) und unterstreicht, dass die demokratischen Politiker sich eine Strategie überlegen müssten, wie gegen diese Bedrohungen von rechts vorgegangen werden könne (vgl. ebd. 58:21).

Die Themen aller herangezogenen Ausgaben zeugen von hoher Aktualität. Jede für sich kann auch als Ersatz für eine Nachrichtensendung agieren. Im Zuge der das Coronavirus thematisierenden Sendungen 2 bis 5 werden bereits bekannte Fakten gebündelt dargelegt und neue Erkenntnisse, die während der vergangenen Woche gewonnen wurden, eingebracht. Ähnlich ist es in der zum Vergleich herangezogenen Sendung 1. Hier werden politische Problematiken angesprochen, die vor allem in den Wochen vor der Hamburg-Wahl und durch die thüringische Landtagswahl im Oktober 2019 an Bedeutung gewonnen hatten. Es wird wichtiges Hintergrundwissen vermittelt und eine detailliertere Darstellung des Konflikts vorgenommen, als es aus Zeitgründen in Nachrichtensendungen möglich ist. Durch den Umfang der Zusammenfassung der Vergleichssendung wird deutlich, wie viel Diskussionsstoff die politische Lage Deutschlands bringt. Innerhalb beider Themenkomplexe wird eine thematische Einordnung in den politischen und/oder gesellschaftlichen Kontext vorgenommen.

Interessant ist auch, dass das Thema in vier von fünf Fällen als offene Frage formuliert wird. So wird verschiedenen Antworten und Sichtweisen Raum geboten. Allein dadurch ist eine Diskussion bereits unabdingbar. Lediglich Sendung 4 weist eine geschlossene Fragestellung auf. Es wird aber deutlich, dass auch eine Frage, die im Prinzip lediglich mit „ja“ oder „nein“ zu beantworten ist, dennoch eine gute Diskussionsgrundlage bietet.

Zuletzt ist eine Zuspitzung der Themenformulierung während der Corona-Krise festzustellen. Werden im Titel von Sendung 2 zunächst lediglich die ersten getroffenen Maßnahmen und das Phänomen der Vorratskäufe in Bezug auf das Coronavirus dargelegt, so wird der Zustand in Sendung 3 bereits als *Krise* betitelt und die Frage nach einer Verschärfung der Beschränkungen gestellt. Das Thema von Sendung 4 beschreibt die zu dieser Zeit vorherrschende Situation als *Ausnahmestand* und das Vorgehen gegen das Coronavirus als *Kampf*. Diese zwei ausdrucksstarken Begriffe explizieren die Ernsthaftigkeit der Lage noch vor Beginn der Diskussion. Auch Sendung 5 verwendet den Terminus *Ausnahmestand* in ihrem Titel. Die Frage, wie es in Deutschland weitergehen wird, verdeutlicht, dass man noch immer weit entfernt ist von der Beherrschung des Virus.

4.4 Kommunikationsverhalten

Da es sich bei dieser Beobachtung nicht um ein kontrolliertes Experiment handelt, in dem jede Gesprächssituation betrachtet wird, werden lediglich die Passagen hinzugezogen, die als besonders eindrücklich empfunden werden. Um den Rahmen an dieser Stelle nicht zu überschreiten und weil sich anhand dessen größere Unterschiede aufzeigen lassen, ist der Fokus überdies auf die verbale Kommunikation gerichtet. Zudem haben Untersuchungen gezeigt, „dass zumindest im Fernsehen die für die Urteilsbildung relevanten Informationen überwiegend verbal vermittelt werden.“ (Maurer & Reinemann 2015:321). Aufgrund von Verflechtungen beider kann auf die Betrachtung nonverbaler Kommunikation aber nicht vollends verzichtet werden. Daher wird an einigen wenigen Stellen auch darauf eingegangen.

Das Hauptaugenmerk dieses Kapitels liegt auf den Sendungen 1, 3 und 4, da sie besonders reich an prägnanten Gesprächssituationen sind, die beispielhaft für die Veränderungen während der Corona-Pandemie stehen. Das Kommunikationsverhalten der Moderatorin und ihrer Gäste hebt sich im Zeitraum der Krise in einigen Punkten vom vorherigen ab, manches jedoch bleibt gleich. Dem Publikum wird durch gezielte Äußerungen und emotionale Appelle die Dringlichkeit der Maßnahmen nähergebracht. Zudem soll eine Situation belegen, dass Talkshow-Gäste, wie bereits in Kapitel 3 hervorgebracht, ihren Auftritt auch dazu nutzen, um pikante Themen in der Öffentlichkeit zu diskutieren und somit ein größeres Forum zu erreichen.

Letzteres gilt besonders für Sebastian Fiedler in Sendung 4, der den Mangel an Schutzkleidung aus einem neuen Blickwinkel betrachtet: „Die Sicherheitsbehörden sind auch nicht ausgestattet. [...] Das Thema ist etwas breiter, aber ich gehe davon aus, dass die Bundesregierung das

natürlich auch im Blick hat.“ (Borrs 2020d 31:23). Es sei beispielsweise keine Ausrüstung für Streifenpolizisten vorhanden. Er nickt Helge Braun zu und lächelt, als wolle er sagen, er warte darauf, dass auch dieses Gebiet nicht außer Acht gelassen wird. Er kommuniziert somit non-verbal. Durch das Zusammenspiel seiner Ausdrucksweise und Mimik offenbart er, dass in diesem Bereich noch Handlungsbedarf seitens der Politik besteht, ohne direkt zu unterstellen, dass es vielleicht bereits zuvor zu Versäumnissen bei der Ausstattung mit Schutzkleidung gekommen ist. Braun schaut etwas betreten nach unten, drückt damit aus, dass er sich dessen bewusst ist. Es scheint ihm etwas unangenehm zu sein, dass die Mängel auch in dieser Sparte vorherrschen. Bisher war der Öffentlichkeit das Problem lediglich im Hinblick auf medizinisches Personal bekannt. Dass auch in anderen Bereichen Schutzkleidung stark nachgefragt ist, mag für den Zuschauer also ein Novum sein. Auch der nicht direkt involvierte Teil der Bevölkerung wird über die weiterreichenden Missstände in Kenntnis gesetzt. So gerät die Politik stärker unter Druck, daran etwas zu ändern.

Dieselbe Situation belegt, dass sich auch das Verhalten der Moderatorin selbst gewandelt hat. Sie könnte an dieser Stelle beim Kanzleramtsminister nachfragen, wie der Mangel an Schutzausrüstungen möglich ist, hat doch Gesundheitsminister Jens Spahn noch zu Beginn des Ausbruchs erklärt, wie gut Deutschland ausgerüstet sei. Immerhin lässt sie für gewöhnlich selten eine Provokation aus. Zumal hatte sie zum Auftakt der Sendung noch versucht, den zugeschalteten Markus Söder über seine Ambitionen zur Kanzlerkandidatur aus der Reserve zu locken. Nach seiner Antwort auf die Frage, weshalb die Kontaktbeschränkungen früher als in anderen Bundesländern veranlasst wurden (vgl. ebd. 02:48), spielt Anne Will auf einen Disput an, der zwischen Markus Söder und Armin Laschet, dem nordrheinwestfälischen Ministerpräsidenten und seines Zeichens einer der größten Anwärter auf den CDU-Vorsitz und die Kanzlerkandidatur, stattgefunden haben soll. Sie möchte wissen, ob Laschet sich nun doch mit seinem Konzept des Kontaktverbots für den Großteil der Republik durchgesetzt habe. Daraufhin macht Söder jede machtpolitische Berechnung, die man ihm vorwerfen könnte, zunichte: „Frau Will, finden Sie die Frage, Sie dürfen sie natürlich stellen logischerweise, aber finden Sie diesen Maßstab [...] wirklich angemessen, wer oder an welcher Stelle setzt sich mehr oder weniger durch?“ (ebd. 05:11). Mit seiner diplomatischen Gegenrede räumt er nicht nur den Vorwurf aus dem Weg, er handele lediglich auf diese Weise, um politisch besser dazustehen, sondern gibt dem Zuschauer auch das Gefühl, er mache sich ernsthafte Gedanken, welche die bestmöglichen Maßnahmen sind, um das Land mit möglichst geringem Schaden durch die Krise zu führen.

Anhand dieser beiden Gesprächssituationen ist es denkbar, dass Will nicht allzu sehr auf die Missstände eingehen möchte, um die Glaubwürdigkeit der Politik in der gegenwärtigen Lage nicht zu schwächen. Sie ist sich vermutlich bewusst, dass dies die Unsicherheit in der Gesellschaft noch weiter schüren könnte. Daher hakt sie bei Helge Braun nicht weiter nach, bei Markus Söder hingegen schon. Denn bei Söder handelt es sich um ein zu diesem Zeitpunkt weniger brisantes Thema, das die Krise nicht direkt betrifft. Unter anderen Umständen hätte Will es sich wohl nicht nehmen lassen, sich auch bei ihrem anderen Gast provokant weiter zu erkundigen.

Wie bereits Markus Söder, zeigt auch Tobias Hans in selbiger Ausgabe sein Verständnis für die Situation der Bevölkerung. Er erklärt zunächst, dass in der Grenzregion Entscheidungen getroffen wurden, die sie bis vor kurzem noch für undenkbar gehalten hätten (vgl. ebd. 38:18). Damit macht er dem Publikum deutlich, dass dieser Zustand auch für politische Akteure unbekannt ist und niemand davon ausging, dass die Lage so prekär würde. Dann äußert er:

„Ich glaube, den Menschen ist es mehr oder weniger gleich, ob man das jetzt Ausgangsbeschränkung oder Kontaktverbot nennt. Wichtig ist, dass sie Verlässlichkeit haben, dass sie wissen, dass die Politik ihnen flächendeckend in Deutschland empfiehlt, auf unnötige Kontakte zu verzichten [...].“ (ebd. 39:43).

Hans demonstriert damit, dass ihm als Politiker bewusst ist, dass die vielen uneinheitlichen Entscheidungen und Vorschriften auch für die Bürger verwirrend sind und es notwendig ist, in dieser Hinsicht ein klares und einheitliches Konzept zu entwickeln. Ferner führt er aus, dass das Leben der Saarländer mit dem der Luxemburger und Franzosen in vielerlei Hinsicht verknüpft sei. Hans betont unter Verwendung eines emotionalen Appells: „Und deswegen ist es ja auch so wichtig, dass wir in dieser schweren Zeit auch in Europa zusammenstehen“ und dass er daher der französischen Nachbarregion angeboten hat, so lang wie möglich auch französische Patienten in den saarländischen Kliniken zu betreuen (vgl. ebd. 8:42).

„Das ist für mich eine Selbstverständlichkeit, denn ohne die Freundinnen und Freunde aus Frankreich können wir hier kein Fleisch produzieren, wir können kein Brot produzieren, wir können unsere Kranken nicht versorgen. Das ist alles mittlerweile ineinander gewachsen [...].“ (ebd. 39:00).

Damit benennt er einen enorm wichtigen Punkt. Aufgrund der der Krise vorangegangenen inhereuropäischen Verwerfungen ist es für ihn unbedingt notwendig, auch in solch schwierigen Zeiten nicht aus dem Blick zu verlieren, was noch vor der Pandemie stark diskutiert wurde.

Gerade durch die Grenzschließungen erfahren viele Menschen nun, wie simpel und selbstverständlich es tatsächlich zuvor war, sich frei zu bewegen und was es bedeuten würde, in seiner Freizügigkeit eingeschränkt zu sein. So ist es gerade im Hinblick auf die Zeit nach der Krise essenziell, auf den Freiheitsverlust hinzuweisen und somit beim Publikum den Wunsch nach einem weiterhin offenen Europa zu stärken.

In mehreren Ausschnitten wird dem Zuschauer eindrücklich verdeutlicht, wie wichtig es ist, die getroffenen Maßnahmen einzuhalten. Melanie Brinkmann berichtet in selbiger Ausgabe, man bräuchte die Zeit, die durch die Maßnahmen gewonnen würde, um die Kliniken vorzubereiten (vgl. ebd. 13:30). Im weiteren Verlauf erläutert sie, dass sie es für realistisch hält, dass es ein Jahr bis zur Entwicklung eines Impfstoffes dauern könne (vgl. ebd. 33:13). Hiermit verleiht sie ihrer vorherigen Aussage noch einmal Nachdruck. Die Bevölkerung kann so hoffentlich besser verstehen, wie ernst und ungewiss die Lage zu diesem Zeitpunkt ist und fühlt sich somit vielleicht noch stärker dazu angehalten, die getroffenen Maßnahmen zu befolgen. Eine Londoner Studie geht, entgegen der Annahme Brinkmanns, von einer Entwicklungsdauer des Stoffes von 18 Monaten aus. Die Professorin für Virologie betont aber, es handele sich dabei um „eine Modellstudie“ (vgl. ebd. 34:03). So nimmt sie den Zuschauern einen Teil ihrer Angst, die Beschränkungen könnten auf ein Jahr oder länger ausgeweitet werden. Die Aussage wird zwar nicht von einem weisungsbefugten Politiker getroffen, zeigt aber, dass sich Fachleute durchaus damit beschäftigen, eine schnellstmögliche Lockerung der Maßnahmen zu erzielen.

Helge Braun knüpft später an ihre beruhigenden Worte an. Er sieht offene Grenzen für den Warenverkehr als „absolut notwendig“ an (vgl. ebd. 44:05). Anne Will unterbricht ihn daraufhin und fragt mit ironischem Unterton, warum er sie dann geschlossen hätte und lacht. Es ist ungewöhnlich, dass sie sich diese Spitzfindigkeit während der Corona-Krise erlaubt. Er berichtet ihr, es habe Abstimmungen mit den Nachbarstaaten gegeben, dass diese Bestimmungen lediglich für Freizeitbesucher und Urlauber gelten (vgl. ebd. 44:14). So nimmt er der Bevölkerung indirekt die Sorge über eine mögliche Versorgungsnot. Der Warenverkehr wird als gesichert dargestellt. Dies könnte sich abschwächend auf das Phänomen der Hamsterkäufe auswirken, das sich bereits in Sendung 2 im Titel wiederfand.

Beobachtet werden kann außerdem, dass die politischen Akteure während der Krise direkter auf die an sie gerichteten Fragen antworten als zuvor. Wie bereits kurz in 4.3 dargestellt, reagieren die Politiker auf die Fragen der Talkmasterin in Sendung 1 mehrfach ausweichend. Sie

beantworten sie entweder gar nicht oder erst nach mehreren Aufforderungen. Norbert Röttgen respondierte zunächst nicht darauf, wer seiner Meinung nach die Schuld dafür trüge, dass der CDU als selbsternannte „Partei der Mitte“ die Mitte abhandengekommen ist (vgl. Borrs 2020a 01:43), genauso wenig wie Franziska Giffey ein konkretes Statement dazu abgibt, wo die SPD stünde, wenn sie von Olaf Scholz angeführt worden wäre, für den Giffey selbst bei der Wahl zum Parteivorsitzenden gestimmt hatte (vgl. ebd. 06:15). Dem wird eine Gesprächssituation mit Olaf Scholz aus Sendung 3 gegenübergestellt, der sich der Fragen, die an ihn gerichtet sind, ohne auszuweichen annimmt. Thematisiert wird das Vorhandensein von Beatmungsgeräten. Anne Will möchte hierzu wissen: „Gibt’s die denn eigentlich schon, Herr Scholz, die 10.000 [Beatmungsgeräte], die der Bund zukaufen wollte?“ (Borrs 2020c 37:34). Er entgegnet: „Wir haben einen Vertrag darüber geschlossen, die werden jetzt produziert in Sonderschichten.“ (ebd. 37:39). Auf die Frage der Moderatorin, wie lang diese Produktion dauern solle, erklärt er, dass sie sich über das ganze Jahr hinwegstrecken werde (vgl. ebd. 37:46). Alexander Kekulé bedrängt ihn weiter, ob die Schutzmasken für das Personal mittlerweile besorgt werden konnten (vgl. ebd. 38:34). Daraufhin konstatiert Scholz, es seien viele bestellt worden und man denke darüber nach, zusätzliche Produktionskapazitäten zu schaffen, da die Maschinen, die zur Herstellung dieser Masken nötig sind, in Deutschland angefertigt würden (vgl. ebd. 39:00). Auch Peter Tschentscher lässt sich in einer späteren Folge nicht zu einer schwammigen Antwort hinreißen. Ob seine medizinischen Kollegen in den Privatkliniken im Raum Hamburg die Lage unterschätzen, weil sie gesetzlich dazu verpflichtet werden mussten, planbare Operationen zu verschieben (vgl. Borrs 2020d 16:12), sieht er so:

„Also meine unmittelbaren ehemaligen Kollegen am Universitätsklinikum unterschätzen die Lage keineswegs [...]. Es muss immer abgeschätzt werden, ob die Verschiebung jetzt nicht dazu führt, dass man in zwei, drei Wochen plötzlich einen Notfall hat. Dann hätten wir ein zusätzliches Problem in einer Phase, in der wir das gar nicht gebrauchen können.“ (ebd. 16:25).

Auch hier wird direkt auf die Frage reagiert. Der Zuschauer hat den Eindruck, dass der Politiker nach bestem Wissen und Gewissen antwortet. Das zeigt dem Publikum, dass den politischen Akteuren daran gelegen ist, ihren Kenntnisstand mit ihnen zu teilen und den jeweiligen Stand der Dinge so offen wie möglich zu kommunizieren. So kann die Lage auch vom Zuschauer selbst immer wieder neu eingeordnet werden. Außerdem wird das Vertrauen in die Politik gestärkt und der Eindruck erweckt, es gäbe einen Plan, der die Gesellschaft so unbeschadet wie möglich durch die Notlage führt.

Es kann also festgehalten werden, dass Politiker ihr Vorhaben während der Krise detaillierter erklären und klar und vermeintlich aufrichtig auf die ihnen gestellten Fragen antworten. Allgemein hin wirken sie glaubwürdiger und nahbarer als zuvor.

Auffällig ist, dass Anne Will versucht, jede Sendung zu einem positiven Abschluss zu bringen, vermutlich um den Zuschauer nicht mit einem schlechten Gefühl zurückzulassen. In Sendung 1 möchte sie von Norbert Röttgen hören, ob er den Rechtsextremismus als größte Bedrohung sehe (Borrs 2020a 57:42). Röttgen bejaht (vgl. ebd. 57:48). Damit schafft sie nach einer stark diskursiven Ausgabe einen Konsens unter den Gästen und mit ihm ein versöhnliches Ende. Sie schließt mit dem Satz „Also keine Leitkulturdebatte mehr.“ (ebd. 58:57). Sendung 2 beendet sie mit dem Applaus für Ranga Yogeshwars Äußerung: „Wir leben in einer Zeit, in der das kleinste Risiko aufgebauscht wird und wir keine Verhältnismäßigkeiten mehr sehen.“ (Borrs 2020b 58:54). Dieser moralische Appell regt das Publikum auch über die Sendung hinaus zum Nachdenken an. Die dritte Ausgabe endet mit der Bitte von Angela Inselkammer an Olaf Scholz, sich noch einmal mit dem Hotel- und Gaststättenverband zusammenzusetzen und über weitere Maßnahmen für diese Branche zu sprechen (vgl. Borrs 2020c 01:04:00). Er antwortet mit einem „Unbedingt.“ Auch so wird ein positives Ende erzielt, da sich der Politiker bereit erklärt, weitere Überlegungen für Hilfen anzustellen. Anne Will greift die Bitte in ihrer Verabschiedung auf und wiederholt nochmal eine der wichtigsten Erkenntnisse des Abends: „Das machen wir, allerdings mit zwei Metern Abstand, das haben wir jetzt wirklich gelernt. Auch, dass jeder seins dazu beiträgt, um durch diese Krise durchzukommen.“ (ebd. 01:04:11). In Sendung 4 missglückt die optimistisch gestimmte Verabschiedung beinahe. Das letzte Wort hat Bernadette Erdmann. Sie glaubt, dass eine Teilnahme ihrerseits an der Talkrunde in der nächsten Woche aufgrund von Reisebeschränkungen nicht mehr möglich sein werde (vgl. Borrs 2020d 58:47) und befürchtet, dass es in Deutschland ähnliche Ausmaße annehmen werde wie in Italien (vgl. ebd. 59:27), denn „wir würden uns nicht hinstellen und Ersatzkrankenhäuser planen, wenn wir nicht damit rechnen würden“. Der Abschluss ist für eine Sendung, in der versucht wurde, viele Befürchtungen aus dem Weg zu schaffen und die Bevölkerung zu beruhigen, nicht optimal. Das merkt auch die Moderatorin und spielt auf die „zum Glück, zum Glück“ (vgl. ebd. 01:00:04) geringe Mortalität in Bezug auf den Infektionsstand in Deutschland an. Diese Tautologie soll dem Zuschauer noch einmal verdeutlichen, dass die Lage hierzulande zu diesem Zeitpunkt im Vergleich zu anderen Staaten nicht ganz so kritisch ist. In der letzten betrachteten Sendung 5 wird dann aber wieder ein hoffnungsvoller Abschied erzielt. Anne Will richtet sich in Minute 58:47 an Peter Altmaier: „Sie haben gesagt, Sie seien sicher, dass wir

stärker aus der Krise herauskommen würden als wir reingegangen sind.“ (Borrs 2020e). Er nimmt Bezug auf die Finanzkrise, deren Schaden nach nur wenigen Jahren bereits kompensiert war, und bestätigt nachdrücklich: „Ja, diesen Optimismus habe ich!“. Auch an dieser Stelle verzichtet Will auf eine Nachfrage, was ihn zu diesem Optimismus verleitet, denn mit einer möglicherweise diffus formulierten Antwort ihres Gegenübers würde sie ein versöhnliches Ende dieser Ausgabe riskieren.

Somit entlässt die Moderatorin ihre Zuschauer aus jeder Sendung trotz der ungewissen Situation voller Zuversicht.

Zum Abschluss soll auf das eingegangen werden, was sich in den vorherigen Kapiteln bereits immer wieder angedeutet hat: Dass sich der politische Diskurs während der Corona-Pandemie im Vergleich zu vorher deutlich verändert hat und zurückgegangen ist. Die Gegenüberstellung dreier Diskussionssituationen soll dies weiter untermauern.

In Sendung 1 ist extrem auffällig, dass die Politiker sich untereinander angehen, auf ihrem Standpunkt beharren und kaum einen Konsens finden. Dies beginnt in Minute 16:22 (Borrs 2020a), als Susanne Hennig-Wellsow an Anne Wills Aussage über die CDU als Partei der Mitte anknüpft: „Und ich denke, da ist der Fehler von Herrn Röttgen. Nicht die CDU bestimmt, wer die Mitte ist, sondern die Mitte sucht sich ihre Parteien selber mit ihren Bedürfnissen und Interessen.“ (ebd. 16:22). Weiter deklariert sie die CDU als destruktive Partei, die in der momentanen Situation Thüringens nicht dazu fähig sei, über Demokratie zu verhandeln, zu reden und zu leben (vgl. ebd. 16:43). Damit wird sie beinahe beleidigend. Anne Will richtet sich mit der Frage an Norbert Röttgen, ob die CDU dabei sei, einen „verhängnisvollen Fehler“ zu machen (vgl. ebd. 17:14). Um die Standfestigkeit seiner Antwort zu untermauern, greift er die Worte der Moderatorin auf:

„Meine Meinung ist, dass wir als Partei der Mitte dann einen verhängnisvollen Fehler machen, wenn wir darauf verzichten würden, unsere Grenzen nach rechts und links zu ziehen. [...] Wenn wir das nicht mehr täten, dann wären wir auch nicht mehr Mitte, dann wären wir nach einer Seite offen.“ (ebd. 17:19).

Hennig-Wellsow fällt ihm ins Wort: „Vielleicht sind Sie das ja auch nicht mehr.“ (ebd. 17:45). Röttgen bezeichnet daraufhin die Koalition der Grünen und der SPD mit der Linken anstatt mit der CDU nach der Landtagswahl 2014 als „schweren Fehler“ (vgl. ebd. 17:53). Er wirft ihnen vor, dies getan zu haben, um die Mitte zu schwächen (vgl. ebd. 18:11).

Dies ist ein weiterer Beleg für die These, dass der politische Diskurs vor der Krise stärker ist als währenddessen. Die hier vorherrschenden Unterbrechungen, Provokationen und Schuldzuweisungen kommen während der Corona-Krise beinahe vollends zum Erliegen. Sicherlich vertreten auch die Studiogäste der Pandemie-Ausgaben unterschiedliche Positionen, aber derartige gegenseitige Angriffe und Vorwürfe bleiben aus.

Das zeigt sich in der bereits angebrachten Gesprächssituation zwischen Olaf Scholz und Angela Merkel in Sendung 3, in der der Finanzminister einem späteren Gespräch über weitere mögliche Maßnahmen mit der Vorsitzenden des bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes zustimmt. Aber auch der Auftritt von Alexander Kekulé in derselben Sendung ist ein Beleg dafür. Er ist generell der Meinung, dass die Maßnahmen und Beschränkungen deutlich zu spät eingerichtet wurden und dass sie drastischer werden müssen (Borrs 2020c 06:54, 09:24, 43:44). Die Art des Einwurfs, mit dem er Claudia Spies unterbricht, zeigt aber, dass sich die Gäste mit deutlich mehr Respekt begegnen als in Sendung 1. Spies befindet, es sei notwendig, die Leute zu testen, die nach einem Aufenthalt in einem Risikogebiet Symptome aufweisen (vgl. ebd. 50:09). Anne Will möchte daraufhin wissen, welche Symptome außer Husten und Halskratzen außerdem indikativ seien. Spies antwortet: „Halskratzen, die meisten haben Fieber, dann Husten, trockenen Husten und Schnupfen.“ Kekulé ruft daraufhin rein: „Nein, alles außer Schnupfen [...]. Das kommt mal vor, aber ist nicht typisch für dieses Coronavirus.“ (ebd. 50:23). Zuerst widerspricht er harsch, grenzt seine Aussage dann aber wieder ein, um Frau Spies nicht zu brüskieren. Diese Situation ist beispielhaft für den Umgang der Studiogäste miteinander während der Pandemie. Auch wenn keine Einigkeit unter ihnen herrscht, begegnen sie sich dennoch pietätvoll. Wie bereits weiter oben dargestellt, versucht auch Anne Will selbst nicht, ausbleibende Dispute allzu stark zu provozieren.

Durch diese Situationen wird aber nicht nur die Abschwächung, sondern auch die Verlagerung des Diskurses deutlich. War er in Sendung 1 noch rein politisch geprägt, so wird er im Verlaufe der Corona-Krise auf eine gesundheitliche Ebene gehoben. Es findet aber eine Politisierung des Themas dadurch statt, dass Politiker auf der Grundlage von Expertenmeinungen Entscheidungen treffen müssen, die die ganze Bundesrepublik betreffen. Es wäre ihnen nicht möglich, ohne die exponierten Vertreter aus Medizin, Wissenschaft und Wirtschaft die wirksamsten Maßnahmen zu eruieren und umzusetzen.

5. Fazit und Ausblick

Im Verlauf der Arbeit konnten einige Veränderungen bezüglich des Kommunikationsverhalten und des politischen Diskurses beobachtet werden.

Es fällt auf, dass jede der Sendungen 2 bis 5 als ausführliche Nachrichtensendung mit eingliederter Diskussionsrunde fungieren könnte. Durch die wöchentliche Einordnung in den globalen Kontext und die Nutzung von Einspielern, die Informationen gesammelt wiedergeben, wird dem Zuschauer ein Überblick über die Corona-Krise verschafft. Neue Erkenntnisse werden zunächst anschaulich und weitestgehend neutral dargestellt, um im Anschluss von den Studiogästen diskutiert und bewertet zu werden. In Sendung 1 ist das Thema eher punktuell mit Hinblick darauf ausgewählt, was sich kürzlich ereignet hatte. Zwar wird auch hier eine Einordnung in den gesamtpolitischen Kontext Deutschlands vorgenommen und schließlich debattiert. Generell kann man aber sagen, dass die Themen von Woche zu Woche eher variieren und nach Brisanz ausgewählt werden. Sie fokussieren sich hingegen nicht über einen längeren Zeitraum auf einen bestimmten Themenkomplex.

Besonders prägnant ist die Veränderung der Gästezusammensetzung, die grundlegend ist für alle weiteren Beobachtungen. Anstatt eines ansonsten breiten politischen Spektrums werden während der Krise lediglich Mitglieder der Regierungsparteien und Experten verschiedener Bereiche eingeladen.

Diese Gästezusammensetzung führt zu einem veränderten Diskurs, der nicht mehr überwiegend politisch geprägt ist. Erstaunlicherweise herrscht in vielen Fragen ein Konsens unter den Gästen der Sendungen 2 bis 5. Auch die Moderatorin kann durch ihre, während der Krise nur eingeschränkt platzierten, provokanten Fragen, keine größeren Konflikte herbeiführen. Außerhalb dieser Talkshow flacht der Diskurs im Hinblick auf politische Entscheidungen zum Höhepunkt der Pandemie ebenfalls ab: Bundestag und Bundesrat beschließen im Eilverfahren Soforthilfen, teilweise sogar einstimmig. Während der Ausnahmesituation sind diese Einigungen und – in Bezug auf das Talkformat – politisch einseitigen Darstellungen sicherlich notwendig, um zu signalisieren, dass die Regierung eine Strategie entwickelt hat, um das Land möglichst unbeschadet durch die Krise zu führen und somit für Beruhigung innerhalb der Bevölkerung zu sorgen. Stellten Politiker der Opposition in dieser Zeit die Regierungsentscheidungen öffentlich infrage oder bewerteten sie negativ, könnte dies eine neue Welle der Unsicherheit auslösen.

Zusätzlich erweckte die begrenzte Parteienrepräsentation Bedenken, inwieweit die Bezeichnung *Polittalkshow* noch in ihrem eigentlichen Sinne zutreffend ist. Da nicht ausschließlich

Experten aus diesem Bereich befragt werden, entstand Skepsis, ob nun auch der politische Themenfokus verloren gehe. Anhand der Gästezusammensetzung in Kapitel 4.2 und der Inhaltsbesprechungen in Kapitel 4.3 konnte dies allerdings widerlegt und zugleich festgestellt werden, dass der Begriff durch die komplexe Thematik weiter gefasst wird. Die anwesenden politischen Akteure informieren das Publikum weitreichend darüber, welche Maßnahmen der Regierung bereits getroffen wurden und wie sie weiter vorgehen wird. Experten aus Wirtschaft und Medizin bringen diesbezüglich ihre Gedanken und Forderungen mit ein und untermauern die Regierungsentscheidungen mit Fakten. So ist die Bezeichnung *Polittalkshow* inhaltlich gesehen gerechtfertigt.

Weiter konnte festgestellt werden, dass die Äußerungen von Politikern in Zeiten der Krise direkter geworden sind und authentischer wirken. Dadurch werden sie als glaubwürdiger wahrgenommen. Im Vergleich dazu weichen sie den Fragen der Moderatorin zuvor häufig aus oder geben unvollständige Antworten. Sie zeigen sich während der Corona-Pandemie verständnisvoll und solidarisch mit den Bürgern, wohingegen zuvor die Positionierung ihrer Partei im Mittelpunkt zu stehen scheint.

In der Einleitung wurde die Hypothese aufgestellt, dass der politische Diskurs durch den extremen Ausnahmezustand starken Veränderungen unterworfen ist und abnimmt. Diese konnte auf mehreren Ebenen bestätigt werden. Zukünftig sollten Beobachtungen dazu angestellt werden, inwiefern sich die Gästezusammensetzung wieder dem vorherigen Zustand angleicht. Zu sehen bleibt außerdem, ob die Anwesenheit der außerpolitischen Experten weiterhin besteht und wie der Spagat zwischen Information (Polit-) und Unterhaltung (Talkshow) in Zukunft gelingt. Dies ist während der Krise aus dem Gleichgewicht geraten, da in einer solchen Zeit die Versorgung der Bevölkerung mit Fakten über dem Unterhaltungsfaktor steht.

Allgemein leben Polittalkshows von ihrem diskursiven Charakter. Dieser entsteht besonders durch die Repräsentation verschiedener politischer Meinungen. Spannend wird daher sein, inwiefern auch die Opposition ihren notwendigen Platz zur Darstellung ihrer Sichtweisen erhält. Zudem haben sich die Öffentlich-Rechtlichen im Rundfunkstaatsvertrag zu Unparteilichkeit verpflichtet und sollen eine möglichst breite Öffentlichkeit ansprechen. Auch hierzu ist ein ausgewogenes Parteienspektrum nötig. Die Rückkehr zu einer politischen Vielfalt und einer damit einhergehenden differenzierten Sicht ist also unbedingt notwendig, damit der Diskurs wieder belebt werden und das Format auf diese Weise seine ursprüngliche Dynamik zurückerlangen kann, aber nicht zuletzt auch, um den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen.

Literaturverzeichnis

ARD (2020a): *Programmübersicht ARD vom 23.02.2020*. Letzter Zugriff: 08.07.2020. In:

<https://programm.ard.de/TV/Programm/Sender?sender=28106&archiv=1&datum=23.02.2020>

ARD (2020b): *Programmübersicht ARD vom 08.03.2020*. Letzter Zugriff: 08.07.2020. In:

<https://www.rtl.de/cms/rtl-setzt-quarantaene-wg-wieder-ab-4512326.html>

ARD (2020c): *Programmübersicht ARD vom 15.03.2020*. Letzter Zugriff: 08.07.2020. In:

<https://programm.ard.de/TV/Programm/Sender?sender=28106&archiv=1&datum=15.03.2020>

ARD (2020d): *Programmübersicht ARD vom 22.03.2020*. Letzter Zugriff: 08.07.2020. In:

<https://programm.ard.de/TV/Programm/Sender?sender=28106&archiv=1&datum=22.03.2020>

ARD (2020e): *Programmübersicht ARD vom 29.03.2020*. Letzter Zugriff: 08.07.2020. In:

<https://programm.ard.de/TV/Programm/Sender?sender=28106&archiv=1&datum=29.03.2020>

Bertling, Christoph. Nieland, Uwe (2015): *Die Sonntagsfrage – politische und sportliche Wettkämpfe im TV-Talk*. In: Girnth, Heiko. Michel, Sascha (Hrsg.): *Polit-Talkshow. Interdisziplinäre Perspektiven auf ein multimodales Format*. S. 25-47. Stuttgart: ibidem-Verlag.

Borrs, Wolfgang (2020a): *Anne Will: Wahlen in gefährdeten Zeiten – wie fest steht die Mitte?* 23.02.2020. Letzter Zugriff: 25.07.2020. In:

<https://www.ardmediathek.de/daserste/video/anne-will/wahlen-in-gefaehrdenen-zeiten-wie-fest-steht-die-mitte/das-erste/Y3JpZDovL25kci5kZS85ZGZiN-TFmMi04Yzk4LTQ0NDMtYTQyNC0zODRkMDJmMzVhMDU/>

Borrs, Wolfgang (2020b): *Anne Will: Quarantäne, Hamsterkäufe, abgesagte Veranstaltungen - wie berechtigt ist die Angst vor dem Coronavirus?* 08.03.2020. Letzter Zugriff: 25.07.2020.

In:

<https://www.ardmediathek.de/ard/video/anne-will/quarantaene--hamsterkaeufe--abgesagte-veranstaltungen---wie-berechtigt-ist-die-angst-vor-dem-coronavirus-/das-erste/Y3JpZDovL25kci5kZS9kODVmNWJhNS01Njg5LTRkMGEtYWYzYi0zYjViM-GYxZGQ4NTY/>

Borrs, Wolfgang (2020c): *Anne Will: Die Corona-Krise - wie drastisch müssen die Maßnahmen werden?* 15.03.2020. Letzter Zugriff: 25.07.2020. In:

<https://www.ardmediathek.de/ard/video/die-corona-krise-wie-drastisch-muessen-die-massnahmen-werden/Y3JpZDovL25kci5kZS85M2FjNWYyMi1kYjg3LTRlZDM-tOThkYy1mOTQxYmQwMmUzNmU>

Borrs, Wolfgang (2020d): *Anne Will: Deutschland im Ausnahmezustand - gewinnen wir den Kampf gegen das Coronavirus?* 22.03.2020. Letzter Zugriff: 25.07.2020. In:

<https://www.ardmediathek.de/ard/video/deutschland-im-ausnahmezustand-gewinnen-wir-den-kampf-gegen-das-coronavirus/Y3JpZDovL25kci5kZS85MzUxMWU0My1hYjViL-TRjN2ItYTY3NC0yNTlkMWQ2MTVhNjQ>

Borrs, Wolfgang (2020e): *Anne Will: Der Corona-Ausnahmezustand - wie geht es weiter in Deutschland?* 29.03.2020. Letzter Zugriff: 25.07.2020. In:

<https://www.ardmediathek.de/ard/video/anne-will/der-corona-ausnahmezustand---wie-geht-es-weiter-in-deutschland-/das-erste/Y3JpZDovL25kci5kZS9mZT-BlMzkzNC1iNTg3LTQ1MWItOTkyNy03YTJlOTBjNjE2ZWV/>

Deppermann, Arnulf et al. (2000): *Was ist und will GESPRÄCHSFORSCHUNG? Eine neue Zeitschrift stellt sich vor.* In: *Gesprächsforschung – Online-Zeitschrift zur verbalen Interaktion.* 2000/1. S. 1-8. in:

<http://www.gespraechsforschung-online.de/fileadmin/dateien/heft2000/editorial.pdf>

Dörner, Andreas. Vogt, Ludgera (2019): *Politische Krisenkommunikation: Welche Rollen nehmen Politiker in TV-Sondersendungen ein?* In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Band 2019/50. S. 411-433. Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft.

- Gotsbachner, Emo (2008): *Durchsetzung von Deutungsrahmen in politischen Fernsehdiskussionen*. In: Gesprächsforschung - Online-Zeitschrift zur verbalen Interaktion. 2008/9. S. 269-299. In:
<http://www.gespraechsforschung-online.de/fileadmin/dateien/heft2008/ga-gotsbachner.pdf>
- Kirchhof, Paul (2017): *Transparenz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (1. Aufl.)*. S.41-44. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Laufersweiler, Thomas (o.J.): *Öffentlich-rechtlicher Rundfunk*. Letzter Zugriff: 15.07.2020. In:
https://www.ard.de/home/die-ard/fakten/Oeffentlich_rechtlicher_Rundfunk/458368/index.html
- Laufersweiler, Thomas (2019): *Auftrag der ARD*. Stand: 09.05.2019. Letzter Zugriff: 15.07.2020. In:
https://www.ard.de/home/die-ard/organisation/Auftrag_der_ARD/322402/index.html
- Maurer, Marcus. Reinemann, Carsten (2015): *Verbale und nonverbale Kommunikation in TV-Duellen*. In: Girnth, Heiko. Michel, Sascha (Hrsg.): *Polit-Talkshow. Interdisziplinäre Perspektiven auf ein multimodales Format*. S. 25-47. Stuttgart: ibidem-Verlag.
- Obermüller, Anja et al. (2010): *Der öffentlich-rechtliche Stammtisch? Eine inhaltsanalytische Untersuchung zu Polittalkshows am Beispiel von Anne Will und Maybrit Illner*. In: Mok, Kathrin. Stahl, Michael (Hrsg.): *Politische Kommunikation heute. Beiträge des 5. Düsseldorfer Forums. Politische Kommunikation*. S. 187-198. Berlin: Frank & Timme. Verlag für wissenschaftliche Literatur.
- Pöchhacker, Nikolaus et al. (2017): *Interventionen in die Produktion algorithmischer Öffentlichkeiten: Recommender Systeme als Herausforderung für öffentlich-rechtliche Sendeanstalten*. kommunikation @ gesellschaft. 18. S. 3-6. In:
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-51500-9>
- Rasmussen, Niels (o.J.a): *Anne Will – Persönlich*. Letzter Zugriff: 21.06.2020. In:
<https://daserste.ndr.de/annewill/annewill/index.html>

Rasmussen, Niels (o.J.b): *Anne Will*. Letzter Zugriff: 21.06.2020. In: <https://www.ardmediathek.de/daserste/sendung/anne-will%20abgerufen/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlLm5kci5kZS8xMjQ2>

RTL (2020): *RTL setzt „Quarantäne-WG“ wieder ab*. Stand: 26.03.2020. Letzter Zugriff: 21.06.2020. In: <https://www.rtl.de/cms/rtl-setzt-quarantaene-wg-wieder-ab-4512326.html>

Rundfunkbeitrag (2017): *Der Rundfunkbeitrag für Bürgerinnen und Bürger*. Stand: 01.01.2017. Letzter Zugriff: 11.07.2020. In: https://www.rundfunkbeitrag.de/e175/e5279/Flyer_Buergerinnen_und_Buerger_DE.pdf

Thomas, Tanja (2003): *Deutsch-Stunden. Zur Konstruktion nationaler Identität im Fernsehtalk*. S. 131. Frankfurt/Main: Campus Verlag GmbH.

Thome, Anne (2019): *Die Öffentlich-Rechtlichen: Darum gibt es ARD, ZDF & Co*. Stand: 05.05.2019. Letzter Zugriff: 11.07.2020. In: <https://www.br.de/sogehmedien/ard-und-zdf/nutzen-heute/index.html>

Weichert, Stephan Alexander (2008): *Krisen als Medienereignisse: Zur Ritualisierung mediatisierter Kommunikation im Fernsehen*. In: Winter, Carsten et al. (Hrsg.): *Theorien der Kommunikations- und Medienwissenschaften* (1. Aufl.). S. 311-328. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage.

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich, dass ich die von mir vorgelegte Bachelorarbeit selbstständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe.

Leverkusen, den 27.07.2020

Ort, Datum

C. Kasthold

Kasthold, Carolin